

**Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:**

Wir haben die öffentlichen, sprich die ordentlichen Themen und Punkte durch. Wir kommen hiermit zu den dringlichen Anträgen.

**Ende der öffentlichen Tagesordnung (14.55 Uhr)**

**E) Dringliche Anträge**

**Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:**

Als ersten Antrag liegt mir vor der Antrag von Klubobmann Manfred Eber. Ich...

*Unverständliche Zwischenrufe*

**Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:**

War ich zu schnell jetzt?

*Unverständliche Zwischenrufe*

**Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:**

Wir sind gut in der Zeit, also es ist nicht so.

*Unverständliche Zwischenrufe*

## **E.1) Bebauungsdichteverordnung und Baugesetz (GR KO Eber, KPÖ)**

### **Gemeinderat Klubobmann Eber:**

Danke, Herr Vorsitzender! So, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben bei Diskussionen rund um Bebauungspläne und Bauverhandlungen sehr häufig damit zu tun, dass die im Flächenwidmungsplan ausgewiesene Bebauungsdichte zum Teil sehr deutlich überschritten wird und das stößt oft einmal auf Unverständnis. Zumindest bei der Bevölkerung. Zuletzt nachhören hat man das können, Kollege Topf wird sicher erinnern können, im Gries bei der Bezirksversammlung, wo das auch wieder thematisiert worden ist und natürlich kann man dann sagen, muss man sagen, also das ist nicht irgendeine Willkür oder gar eine Rechtsbeugung oder dergleichen. Sondern, das findet natürlich seine Deckung in der sogenannten Bebauungsdichte-Verordnung des Landes Steiermark. Diese sieht vor, dass die im Flächenwidmungsplan angegebenen Dichten aus städtebaulichen Gründen oder aus Gründen der Verkehrserschließung und der Infrastruktur überschritten werden können.

Dazu ist allerdings aus meiner Sicht anzumerken: Der Flächenwidmungsplan kennt ja bereits unterschiedliche Kategorien, wobei hier schon unterschiedliche Dichten, vom reinen Wohngebiet bis zum Kerngebiet, zum Tragen kommen. Der Unmut der Bevölkerung richtet sich häufig gegen Politik und Verwaltung der Stadt Graz. Eben, weil sie diese Dichte-Verordnung des Landes nicht kennen bzw. nicht nachvollziehen können. Es ist eben nicht nachvollziehbar für viele, dass Höchstdichten, wie sie im Flächenwidmungsplan angegeben werden, überschritten werden können. Eine Schwäche der Bebauungsdichte-Verordnung ist meines Erachtens die Tatsache, dass die Gründe für die Überschreitungen zu allgemein eigentlich gehalten sind und vor allem aber auch, dass es keine Obergrenzen für die Überschreitungen gibt.

Ich darf daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden Antrag zur dringlichen Behandlung stellen: Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl und die zuständigen Abteilungen werden ersucht, 1. beim Land Steiermark für eine Abschaffung bzw. eine Novellierung der Bebauungsdichteverordnung entsprechend des Motivenberichts einzutreten, und 2. sich beim Land Steiermark für die Novellierung des steiermärkischen Baugesetzes dahingehend einzusetzen, dass auch die Bebauungsdichte unter die Nachbarrechte gemäß § 26 fällt. Ich ersuche um Annahme. Dankeschön. (*Applaus*)

*Gemeinderat Klubobmann Eber stellt daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden **Antrag zur dringlichen Behandlung** (gemäß § 18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates): Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl und die zuständigen Abteilungen werden ersucht, 1. beim Land Steiermark für eine Abschaffung bzw. eine Novellierung der Bebauungsdichteverordnung entsprechend des Motivenberichts einzutreten, und 2. sich beim Land Steiermark für die Novellierung des steiermärkischen Baugesetzes dahingehend einzusetzen, dass auch die Bebauungsdichte unter die Nachbarrechte gemäß § 26 fällt.*

**Vorsitzwechsel – Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (15.00 Uhr)**

**Bürgermeister Mag. Nagl:**

Danke vielmals. Zur Dringlichkeit zu Wort gemeldet Gemeinderat Muhr.

**Gemeinderat Mag. (FH) Muhr, MSc:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Geschätzte Mitglieder der Stadtregierung! Werte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Manfred! Aufgrund der Bebauungspläne, die durch unseren Ausschuss laufen und wo wir immer wieder sehen, dass die Dichten bzw. auch die Gebäudehöhen die Gründe für Einwendungen sind, sehen wir natürlich die Dringlichkeit gegeben.

Hinsichtlich des Inhalts sehen wir das schon ein wenig differenzierter. Und zwar beim Punkt 1. Ist das eine logische Forderung? Denn sie sieht ja für die Anrainerinnen und Anrainer eine gewisse Rechtssicherheit vor, wenn die Baudichte mit einer maximalen Höhe auch eingehalten wird und es nicht aufgrund besonderer günstiger Infrastrukturverhältnisse überlassen bleibt, diese Dichten nach oben zu schrauben. Man muss da auch festhalten, dass das diese Erweiterungsmöglichkeit in Wirklichkeit eine Lex Graz ist und ist seinerzeit primär darauf ausgerichtet gewesen, dass man das Bauamtsgebäude damals legalisiert. Was beim Punkt 1 natürlich uns kritisch erscheint bzw. wir nicht zustimmen können, ist die Abschaffung einer solchen Verordnung, weil die ist natürlich notwendig. Eine Novellierung ist natürlich auch in unserem Sinne.

Beim Punkt 2, dem können wir natürlich nicht zustimmen und finden es auch bedenklich, denn auch vice versa brauchen die Bauwerber eine gewisse Rechtssicherheit und mit dem Nachbarrecht wäre das natürlich nicht gegeben. Denn, man soll auch das, was im Fläwi und auf Basis des STEK drin steht, soll schlussendlich dann auch am Bebauungsplan draufstehen. Und, wenn wir uns ehrlich sind, jeder Anrainer oder jede Anrainerin wünscht sich natürlich die geringstmögliche Dichte in seinem Umfeld. Weil das heißt ja auch, weniger Belastung durch Verkehr bzw. auch durch weniger Menschen, also weniger Belastung. Danke. (*Applaus*)

**Bürgermeister Mag. Nagl:**

Ja, danke vielmals. Ich darf mich auch namens meiner Fraktion und auch als Verantwortlicher für den Stadtplanungs- und Stadtentwicklungsbereich zu Wort melden. Auch ich möchte die beiden Punkte gesondert abhandeln. Eine Novellierung der Bebauungsdichte-Verordnung im Sinne einer weiteren Präzisierung der möglichen Gründe für Unter- oder Überschreitungen wird durchaus begrüßt.

Ergänzend sei angemerkt, dass ich mich schon lange darüber ärgere und dass die Stadt Graz ja bereits eine Novellierung angeregt hat beim Land. Nämlich, die Anrechnung von Erschließungsflächen betreffend. Und das würde die sogenannten Laubengangerschließungen wirtschaftlich weniger attraktiv machen. Weil, ich möchte nicht haben, dass eines Tages in einigen Jahren unsere heutige Zeit als die Zeit erkennbar wird, auch architektonisch, dass wir die Stiegenhäuser, weil sie eben extra zur Baudichte noch möglich sind, als vorwiegendes architektonisches Mittel einsetzen, so dass überall diese freiliegenden Stiegenhäuser sind. Also, ich glaube, da sollte das Land dann auch unseren bisher schon vorgetragenen Wünschen endlich entsprechen. Eine Abschaffung kommt für uns auch nicht in Frage, maximal die Novellierung.

Und zum zweiten Punkt. Eine Gesetzesnovelle, welche Dichte-Fragen zum Nachbarrecht erklärt, ist hingegen entschieden abzulehnen. Zum einen ist eine für jede Baubsubstanz in der Stadt zweckmäßige Dichte-Festlegung auf Jahrzehnte im Voraus gar nicht möglich. Grundstücke werden zusammengelegt. Grundstücke werden geteilt. Künftige Nutzungen und Bauvorhaben sind ja oft noch gar nicht bekannt. Sie würden außerdem zu einem kaum mehr lesbaren Fläwi-Planwerk führen, weil anstelle der gebietsweisen einheitlichen Festlegung viele kleinräumige Einzelausweisungen vorgenommen werden müssten. Und ein gewisser Handlungsspielraum, vom Flächenwidmungsplan abzuweichen, ist es allerdings zweifellos erforderlich. Nach geltender Rechtslage ist für Abweichungen nach unten oder oben, und das möchte ich da schon noch einmal betonen, ein Sachverständigengutachten erforderlich. Und diese Gutachten werden in der Stadt Graz von unseren eigenen Amtssachverständigen wahrgenommen, die nur dem öffentlichen Interesse dienen und frei von wirtschaftlichen Eigeninteressen sind.

Eine Abhandlung von Bebauungsdichte-Fragen durch Anrainer, wie Nachbarrecht für die Parteien im Verfahren, wäre eine massive Verschlechterung gegenüber der heutigen Situation, meinen auch die Expertinnen und Experten aus unserer Fachabteilung, nämlich der Stadtplanung selbst. Das heißt, das Thema ist uns wichtig und auch dringlich. Aber wir werden diesbezüglich auch einen eigenen, glaube ich, Abänderungsantrag stellen. Soweit zur ÖVP.

Gibt es weitere Wortmeldungen dazu? Bitte, Herr Gemeinderat Lohr.

Wir begrüßen ganz, ganz herzlich unseren GAK-Präsidenten auf der Zuhörer-Tribüne. Herzlich willkommen und alles Gute. (*Applaus*)

**Gemeinderat Ing. Lohr:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Sehr geehrter Damen und Herren! Klubobmann Eber! Danke auch für deinen Antrag. Ich darf beim Herrn Bürgermeister anschließen. Es ist ein dringliches Thema. Er würde es auch als Stadtsenatsreferent über sein Bürgermeister-Büro mitbekommen. Bürger, Leute, sind hin und wieder verunsichert, wenn dann plötzlich eine andere Dichte verordnet oder gebaut werden kann als wie im Fläwi-Plan seinerzeit ausgewiesen. Auch wir im Klub haben uns schon öfter Gedanken gemacht, wie man das lösen kann und es ist ein Problem, wie gesagt, das die Bürger immer wieder verunsichert.

Es ist auch im Interesse der Bauwirtschaft, dass wir hier vielleicht zu einer besseren Möglichkeit oder Transparenz kommen. Es ist nicht das Gesetz oder die Verordnung schuld, hier erkennen wir auch keine Möglichkeit, das zu ändern. Es liegt mehr an der Interpretation in der Stadt selber bzw. in den Ämtern, die das ja mit diesen städtebaulichen Gutachten erst ermöglichen, die Baudichte-Erhöhung. Es ist auch nicht möglich, hier noch einmal das Nachbarrecht anzuhören, weil das passiert ja im Flächenwidmungsplan.

Wie gesagt, die Dringlichkeit und das Problem ist gegeben. Wir können da auch dem Abänderungsantrag, den ja die Kollegen aus der ÖVP stellen werden, da finden wir uns wieder, dass das auf jeden Fall erörtert wird, dass wir im Ausschuss zu einer gütlichen Lösung für die Grazer Bürger kommen. (*Applaus*)

**Bürgermeister Mag. Nagl:**

Danke vielmals. Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Gemeinderat Dreisiebner für die Grünen.

**Gemeinderat Klubobmann Dreisiebner:**

Ja, ich sage einmal danke zum Antragsteller. Ein Thema aufzunehmen, das uns natürlich bewegt, ist immer eine wichtige und eine richtige Sache. Aber nur einen Ausschnitt eines ganzen Komplexes, wie es eben in der Stadtplanung, Stadtentwicklung, Raumplanung zu handeln ist, ist uns ein bisschen zuwenig. Und deswegen werden wir auch nach der Dringlichkeitsabstimmung einen dementsprechenden Abänderungsantrag stellen. Zwei Gründe: Es sind schon viele Petitionen, umfassender oder spezieller, an das Land Steiermark gerichtet worden, der Antwort harren wir, glaube ich, fast in jedem Falle noch. Es muss dort ein riesengroßes Loch geben, wo das verschwindet oder was auch immer. Oder sie horten quasi das Recycling-Papier für den Recycling-Papier-Notstand. Ich weiß es nicht.

Auf jeden Fall kommt da nichts Gescheites zurück. Zum anderen Thema, also was die Bebauungsplan-Dichte-Verordnung betrifft, noch ein Satz dazu. Es ist schon sehr gut ausgeführt worden, deswegen gar nicht viel mehr. Ich habe etwas Angst vor dieser Stadt, vor dieser Siedlungsstruktur, die uns aufgrund von Nachbar-Einwendungen zu einer Art von Pizza ausrinnt, die quasi auch die Vollversiegelung durch Bauwerke, die natürlich dann nicht hoch, nicht dicht usw. sein dürfen.

Und dazu darauffolgenden Straßenbauwerken usw. Dass, man so eine Gestaltung unter Umständen dann bekommen und unseren Entwicklungszielen, die wir im Stadtentwicklungskonzept 4.0 ja festgeschrieben haben, dass wir Innenverdichtung betreiben, dass wir die Stadtteilzentren verdichten usw. Und dann dementsprechend auch nach außen weiter weg von der Infrastruktur mit der Dichte nachlassen. Das Thema, dass man Zugaben macht bei Bebauungsplanungen für Grundstücksabtretungen, für sonstige Maßnahmen, die ein Bauträger tut, wie zum Beispiel Mobilitäts- und Gestaltungsverträge. Das ist ein weiteres, wo ich dann sage, da möchte ich schon ein Entgegenkommen von Seiten des Stadtplanungsamtes und des Gemeinderates nicht ausschließen.

Und zum zweiten Punkt, Novellierung Steiermärkisches Baugesetz – Nachbarrecht. Wenn ich im Bauverfahren Bürgerbeteiligung erkläre über das Nachbarrecht, dann ist es keine Bürgerbeteiligung oder Bürgerinnenbeteiligung. Besitzende sind berechtigt, in einem Umfeld von 30 Metern vom Baugrund. MieterInnen, BetreiberInnen von Geschäftslokalen oder was auch immer, die dort nicht im grundstücksbücherlichen Eigentum stehen, haben genau gar nichts zu sagen. Das heißt, am Ende entscheiden Menschen, die sich dort ein Grundstück oder eine Wohnung erworben haben bzw. die vielleicht irgendwo leben und vielleicht gar kein Interesse haben. Die wirklich Betroffenen von einer Beschattung oder was auch immer, die haben unter Umständen kein Recht, weil sie eben nur Mieter sind. In dem Sinne können wir dem so nicht folgen. Abänderungsantrag folgt. (*Applaus*)

**Bürgermeister Mag. Nagl:**

Danke vielmals. Ich würde vorschlagen, nachdem es eine Mehrheit geben wird, dass wir uns das Schlusswort gleich aufheben. Gibt es eine Gegenstimme zur Dringlichkeit? Das ist nicht der Fall.

**Die Dringlichkeit des Antrages von GR KO Eber wurde einstimmig angenommen.**

**Bürgermeister Mag. Nagl:**

Dann können wir gleich über den Antrag diskutieren. Kollege Topf, bitte.

**E.1.1) Abänderungsantrag von DI Georg Topf zum dringlichen Antrag „Bebauungsdichteverordnung und Baugesetz“**

**Gemeinderat DI Topf:**

Ja, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Werte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Von unserer Seite wird es gemeinsam mit der FPÖ einen Abänderungsantrag geben, wobei ich schon der Meinung bin, dass dieser komplexe Fragenkatalog, der jetzt im Raum steht, nämlich Bebauungsdichte-Verordnung per se als einzelne Verordnung, so wie der Karl auch angeschnitten hat, aber auch was das Baugesetz insgesamt betrifft, aber auch andere sozusagen Gesetze, die hier hineinspielen, nämlich auch das Raumordnungsgesetz und sozusagen nachfolgend Baugesetz und die Bebauungsdichte-Verordnung, ist ein sehr komplexes Thema, das der Karl mit drei Punkten ja schon jetzt im Anschluss wahrscheinlich auch hier vorbringen möchte.

Ich kenne also den Abänderungsantrag, sodass ich der Meinung bin, dass diese Punkte, die also ein Thema in der Diskussion auch eines Ausschusses sein sollten, weil man da ja auch, wie gesagt, mehrere Bereiche auch sozusagen beleuchten muss, deshalb darf ich, namens der ÖVP und der FPÖ den Antrag stellen, der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen den gegenständlichen dringlichen Antrag mit den Punkten, die ja jetzt schon auch angeführt und angeregt wurden, ich nehme die Punkte des Karl Dreisiebner gleich mit, wenn ich das so sagen darf. Der gegenständliche dringliche Antrag wird dem Ausschuss für Stadt und Grünraumplanung zur weiteren Befassung zugewiesen mit den Themen, die ja ohnedies jetzt schon auch andiskutiert worden sind. Ich bitte um Annahme dieses Abänderungsantrages. (*Applaus*)

*DI Topf stellt namens der Gemeinderatsklubs von ÖVP und FPÖ den **Abänderungsantrag**, der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen: Der gegenständliche Dringliche Antrag wird dem Ausschuss für Stadt- und Grünraumplanung zur weiteren Befassung zugewiesen.*

**Bürgermeister Mag. Nagl:**

Ja, danke vielmals. Gibt es noch einen Abänderungsantrag? Bitte, wie angekündigt.

**Gemeinderat Klubobmann Dreisiebner:**

Ja, sehr löblich. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FPÖ und vor allem von der ÖVP! Lieber Georg! Dass sich der Ausschuss selbst beauftragt und wir als Gemeinderäte dann das anschauen, was hier im dringlichen Antrag vom Kollegen Klubobmann Eber gefordert ist. Meiner geht ein Stück weit darüber hinaus, meine ich mal, weil ich doch meine, es liegen auch andere Themen herum in dieser Stadt bzw. stehen an, dass sie gelöst werden. Ich habe ja vorher schon kurz angeschnitten, dass es schon einige Petitionen aus dem Bereich gegeben hat bzw. Bemühungen, dass da das Land als Gesetzgeber reagiert. Ich möchte nicht die isolierte Betrachtung dieser zwei Punkte haben, ich möchte da viel mehr haben. Und ich möchte, und deswegen auch mein etwas sperrigerer Antrag, aber nicht unmöglicher Antrag, ich möchte, dass auch die Fachabteilungen, vor allem eben die Abteilung für Stadtplanung, geschätzter Herr Kollege Inninger und sein Team und natürlich die Bau- und Anlagenbehörde, da dementsprechend mitarbeiten und dass das auch von der Stadtregierung her unterstützt wird. In diesem Sinne stelle ich diesen, meinen Abänderungsantrag, der euch ja vorliegt.

Und ich würde mir auch wünschen, dass wir darüber nachdenken, mit den FachexpertInnen aus unseren internen Abteilungen, wo können wir uns zum Beispiel selbst so verpflichten, dass wir etwas tun, was uns das Land per Gesetz nicht möglich macht. Das ist nicht überall möglich, das ist mir schon klar, aber zu sagen, so ähnlich wie in der Bebauungsplanung, einen Mobilitätsvertrag, Gestaltungsverträge, usw., es gibt in der Vertragsraumordnung sicher einige Möglichkeiten, wo wir einsteigen können. Das würde ich mir wünschen, wenn wir da mit einer Grund- und Arbeitsunterlage dann in die Diskussion treten und nicht wir quasi von null anfangen. Ich weiß, Georg Topf, du bist Experte und ich freue mich schon auf deine Expertise, aber ich würde mir trotzdem wünschen, wenn wir die Stadtplanungsabteilung und andere Abteilungen mit an Bord hätten. Deswegen halte ich meinen Antrag aufrecht, Abänderungsantrag aufrecht, und hoffe auf Zustimmung. Danke. *(Applaus)*

#### **E.1.2) Abänderungsantrag von GR KO Dreisiebner zum dringlichen Antrag „Bebauungsdichteverordnung und Baugesetz“**

*GR KO Dreisiebner stellt folgenden Abänderungsantrag:*

- 1. Der zuständige Stadtsenatsreferent für die Stadtplanung, Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl, möge das Stadtplanungsamt beauftragen, die vom Antragsteller eingebrachten Forderungen fachlich zu bewerten und dem Ausschuss für Stadt- und Grünraumplanung eine Diskussionsgrundlage in Form eines Informationsberichtes bis zu dessen Sitzung im Februar 2018 vorzulegen.*
- 2. Darüber hinaus möge Bürgermeister Nagl der Abteilung für Stadtplanung und der Bau- und Anlagenbehörde den Auftrag erteilen, weitere seitens der Stadt Graz als sinnvoll erachtete Änderungswünsche zum Stmk. Raumordnungsgesetz, zum Stmk. Baugesetz und zur Bebauungsdichte-Verordnung zu sammeln und in den Informationsbericht an den Ausschuss einfließen lassen.*
- 3. Weiters soll erarbeitet werden, welche der gesetzlich vom Land Steiermark geregelten bau- und stadtplanungsrelevanten Änderungswünsche unsere Stadtgemeinde selbst durch Verordnung oder Selbstbindung i.S. des öffentlichen Interesses anders und auch genauer regeln kann. Auch darüber möge dem Stadt- und Grünraumplanungs-Ausschuss im Februar berichtet werden.*

**Bürgermeister Mag. Nagl:**

Danke vielmals. Ich möchte gleich mich da auch einbringen und sagen, dass also inhaltlich eigentlich auch alles Wichtige in diesem Antrag drinnen ist. Ich würde vorschlagen, dass das Stadtplanungsamt im Ausschuss, wenn ihr das dann diskutiert, auf diese Punkte letzten Endes eingeht und auch eine Expertise vorbereitet, was wir wirklich tun können. Ich möchte zur Vertragsraumordnung, nach den ersten Gehversuchen, die wir als Stadt unternommen haben, auch dazusagen, dass das eigentlich von uns bislang immer gesondert betrachtet wurde. Und das ist nicht unwesentlich.

Wenn wir danach die Abtretung, wie zum Beispiel draußen neben dem Bahnhof jetzt bei Smart City, haben wollen, dass wir sagen, wir wollen dort einen Park und wir wollen den Park sogar von den Investoren umgebaut bekommen, dann ist es so, dass wir ihnen letzten Endes die Dichte, die sie durch den Verlust des Parks auf ihrem Grundstück haben, bei der anderen noch zurechnen. Dort geht es nicht um Erhöhung der Baudichte, sondern die konsumieren das, sie geben uns nur einen Grund ab, wir kriegen dadurch Freiräume, also das ist nicht das Verdichtungsproblem. Das andere muss ja durch Gutachten nachgewiesen werden. Aber, ich würde eben vorschlagen, dass wir das auch gemeinsam dann im Ausschuss auch so machen.

Gut, jetzt habe ich einen Antrag und zwei Abänderungsanträge. Das Schlusswort hat vorher aber auch noch der Antragsteller.

**Gemeinderat Klubobmann Eber:**

Danke. Ich kann es relativ kurz machen, auch wenn es sehr kompliziert ist. Der Kollege Topf hat einen Abänderungsantrag vom Kollegen Piffli-Percevic eingebracht zu meinem Antrag und nimmt den grünen Antrag gleich mit. Gut. Soll so sein. Ich möchte zunächst vielleicht nur kurz sagen, es ist natürlich richtig, es sind nur zwei kleine, aber nichts desto trotz, wichtige Teilaspekte aus dem ganzen Themenbereich, wo wir mit uns mit Flächenwidmungsplan, Bebauungsplänen, Baudichten, usw. beschäftigen, herausgenommen in meinem Antrag.

Von daher finde ich es natürlich durchaus erfreulich. Also, wenn wir da jetzt sagen, behandeln wir doch gleich andere Fragestellungen gleich mit. Und in dem Sinne, wie du, Kollege Topf, das formuliert hast, nämlich den grünen Antrag da gleich mitzunehmen in den Ausschuss hinein sozusagen, also inhaltlich, dass wir auch diese Fragestellungen dort diskutieren, bin ich durchaus dafür, dass wir deinem Antrag die Zustimmung auch geben werden. (*Applaus*)

**Bürgermeister Mag. Nagl:**

Gut. Das ist ja spannend, weil dann der eine Punkt der KPÖ, der, dass Nachbarn Rechte bekommen sollen, ja wieder auch aus eurer Sicht dann nicht mehr wichtig ist. Weil, es gibt ja in keinem kommunistischen Land echt Nachbarrechte zum Thema Bauen. Aber...

*Unverständliche Zwischenrufe*

**Bürgermeister Mag. Nagl:**

Ihr werdet euch da noch austauschen. Gut. Dann werden wir das nicht mehr hier machen.

*Unverständliche Zwischenrufe*

**Bürgermeister Mag. Nagl:**

Gut. Aber ich freue mich.

*Unverständliche Zwischenrufe*

**Bürgermeister Mag. Nagl:**

Gut. Dann kommen wir zum Abänderungsantrag der ÖVP, eingebracht vom Georg Topf. Gemeinsam vorbereitet mit Piffli-Percevic. Wer für diesen Antrag ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe. Dann ist das ein einstimmiger Beschluss. Und damit haben wir das auch erledigt.

**Der Abänderungsantrag von Georg Topf wurde einstimmig angenommen.**

**Bürgermeister Mag. Nagl:**

Ja, wir können gerne auch noch einen Abänderungsantrag 2. Wer für den grünen Abänderungsantrag ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe. Ist damit abgelehnt und damit ist auch der Antrag in diesem Sinne geändert und wir werden uns im Fachausschuss damit beschäftigen und versprochen auch mit der Expertise vom Kollegen Inninger, dem Herrn Baudirektor und seinem Team.

**Der Abänderungsantrag von GR KO Dreisiebner wurde abgelehnt.**

**Bürgermeister Mag. Nagl:**

Gut. Dann kommen wir zum nächsten dringlichen Antrag. Eingebracht von Frau Gemeinderätin Braunersreuther. Da geht es um den Erhalt des Kistls, sogenannte Hinterhof-Theaters. Ich darf den Vorsitz übergeben.

***Vorsitzwechsel – StR Dr. Riegler übernimmt den Vorsitz (15.18 Uhr)***

**E.2) Erhalt des Kistl Hinterhoftheaters (GR<sup>in</sup> Dipl. Mus. Braunersreuther, KPÖ)**

**Gemeinderätin Dipl. Mus. Braunersreuther:**

Sehr geehrte KollegInnen! Sehr geehrte ZuhörerInnen, ZuschauerInnen! Vor allen Dingen begrüße ich ganz herzlich die VertreterInnen des Kistl Hinterhoftheaters. Das Kistl Theater ist seit seiner Gründung 1990 eine wichtige Institution in Graz und zwar sowohl in der Kulturlandschaft wie auch im Bezirk St. Leonhard. Das relativ kleine, aber dafür regelmäßig ausgebuchte Theater beginnt mit seinen Interpretationen von klassisch modernen Stücken und niveaувollem Boulevard, wie sie es selber nennen, ein breitgefächertes Publikum und füllt damit eine Lücke in der Grazer Theaterlandschaft. Schulklassen kommen dorthin ebenso gerne wie Theaterwissenschaft Studierende. Oder auch SeniorInnen, die vor allen Dingen die Vorstellung am Sonntag-Nachmittag schätzen.

Ursprünglich muss man vielleicht dazu sagen, wurde das Kistl Theater als SeniorInnen-Theater gegründet. Auch die angebotenen Workshops und Kurse funktionieren generationenübergreifend. Da sind wirklich von SchülerInnen bis zu SeniorInnen alle dabei und das ist eigentlich etwas, was dort nicht bewusst herbeigeführt wird, aber was vorbildlich ist für integrative Programme. Im Bezirk St. Leonhard bespielt das Kistl-Ensemble einen traditionsreichen Theaterort. Das Gebäude, das bis zu seinem Verkauf durch das Land Steiermark 2008 unter Denkmalschutz stand, der dann aber unter wenig nachvollziehbaren Gründen abgelehnt wurde, war bis zum 2. Weltkrieg Heimat des steirischen Landestheaters. Nach seiner Renovierung war es dann zuerst Malerwerkstatt und später Depot der Vereinigten Bühnen. Und 1990 wurde es, wie gesagt, wiederbelebt als Spielort des Kistl-Theaters.

Bereits mit dem Verkauf des Hinterhofgeländes 2015 an einen Investor war das Theater von der Schließung bedroht. Der Pachtvertrag ist damals aber nach großem Einsatz dann doch bis 2019 verlängert worden. Zum Glück. Durch den aktuellen und insbesondere im Bezirk St. Leonhard äußerst umstrittenen Bebauungsplan für den Hof steht das Gebäude, das ja nun nicht mehr unter Denkmalschutz steht, vor der Bedrohung des Abrisses und das Theater Kistl in dieser Art und Weise, wie es jetzt besteht und wie es die Menschen lieben, wer schon einmal dort war in diesem wunderschönen Innenhof, der weiß, wovon ich spreche, vor der Bedrohung, dass es aus ist damit. Ich stelle deswegen im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden dringlichen Antrag: Die Stadt Graz solle alle (nicht budgetären) Anstrengungen unternehmen, damit das Kistl Hinterhoftheater möglichst in der Form seines bisherigen Bestehens an seinem traditionsreichen Theaterort erhalten bleiben kann. (*Applaus*)

*GR<sup>in</sup> Dipl.-Mus. Braunersreuther stellt im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden **dringlichen Antrag**: Die Stadt Graz solle alle (nicht budgetären) Anstrengungen unternehmen, damit das Kistl Hinterhoftheater möglichst in der Form seines bisherigen Bestehens an seinem traditionsreichen Theaterort erhalten bleiben kann.*

**Stadtrat Dr. Riegler:**

Danke, Frau Gemeinderätin Braunersreuther. Möchte sich jemand zur Dringlichkeit zu Wort melden? Und da haben wir schon einen. Gemeinderat Topf bitte.

**Gemeinderat DI Topf:**

Ja, sehr geehrter Herr Stadtrat! Werte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Antragsteller, liebe Antragstellerin, Entschuldigung! Wir werden der Dringlichkeit aus folgendem Grund nicht zustimmen. Und ich möchte das schon auch begründen, weil ich ja dort auch auf der TU bei der Diskussion des Bebauungsplans dabei war und dann auch nach der offiziellen Runde auch mit einem Vertreter des Kistls sprechen konnte, ein sehr amikales Gespräch führen konnte.

Es ist schwierig, jetzt sozusagen im Zuge des Bebauungsplans-Verfahrens sofort darauf sozusagen den Antrag abzustellen, dass das Kistl dort in der Form, wie es jetzt besteht, erhalten bleiben sollte. Wir haben einen Bebauungsplan zur Diskussion gehabt und der ist ja auch vorgestellt worden und wird auch mehrfach wahrscheinlich uns in einer heftigen Diskussion im Ausschuss beschäftigen. Jetzt unabhängig davon, ob es überhaupt Mehrheiten für diesen Bebauungsplan hier im Gemeinderat geben könnte, ich sage das bewusst im Konjunktiv. Es ist so, dass wir jetzt einmal über den Bebauungsplan beraten müssen, wiewohl es sinnvoll ist, und das ist ja auch angeklungen dort in der Diskussion, dass natürlich für dieses Kistl, für diese Theatergruppe, möglichst sozusagen ortsnah, also im Grätzel dort, wo ja das Kistl beheimatet ist und auch einen großen Zuspruch findet, dass es dort auch eine weitere Möglichkeit gibt, diese Gruppe sozusagen, dass die Gruppe ihre Spiele, ihren Spielplan und ihre Tätigkeit weiter fortsetzen kann. Also das heißt, es ist von unserer Seite jetzt nicht möglich, diesem Text des Antrages zuzustimmen, weil eben der Bebauungsplan jetzt noch diskutiert wird. Möglicherweise gibt es ja auch Einwendungen, die zu einer Abänderung des Bebauungsplanes führen könnte, aber dass man jetzt sagt, es ist dringlich, dass das Kistl an dem Ort bleibt, wo es jetzt ist, diesem Antrag können wir in dieser Form nicht zustimmen. (*Applaus*)

**Stadtrat Dr. Riegler:**

Danke, Gemeinderat Topf. Es hat sich Gemeinderat Dreisiebner zu Wort gemeldet.

**Gemeinderat Klubobmann Dreisiebner:**

Schon wieder folgt der Kollege Dreisiebner auf den Kollegen Topf. Lieber Georg! Ein bisschen bin ich enttäuscht von dem, was du da sagst. Ein bisschen bin ich enttäuscht. Aus mehreren Gründen. Zum einen haben wir, du erinnerst dich, im Zuge der Flächenwidmungsplanungs-Ausschusssitzungen immer wieder genau über dieses Thema des Fortbestandes des Kistls diskutiert. Es kam ja zu dieser Durchbindung eines Geh- und Radweges damit zur Teilung des Innenhofes.

Das ist historisch nachvollziehbar, das haben wir außer Streit gestellt. Auch die Bebauung der nicht Eck-Gebäude an dieser nicht vorhandenen Radroute weist darauf hin, dass man dort wie an einem Eck gebaut hat. Es hat schon Sinn und Inhalt das Ganze. Egal. Das ist Geschichte. Aber es war damals schon ein Thema das Kistl. Es war damals schon ein Thema und ich sage jetzt dann einfach nicht mehr so oft Kistl, sondern diese Kultureinrichtung, diese Institution dort im Grätzel. Und es war auch nie das Thema, dass man nur an dem Ort und nur in dem Gebäude das erhalten muss. Das ist ein hohes Ziel. Das haben wir auch, glaube ich, so definiert. Jetzt sieht der Bebauungsplan-Entwurf ein bisschen anders aus. Ich glaube nicht, dass sich der so verändert, dass dann quasi, ich sage jetzt einmal 30/40 % der Baumassen nicht über das alte Gebäude gebaut werden, sprich das Gebäude abgebrochen werden muss. Er könnte und wird natürlich geringfügige Änderungen erfahren, aber so massive habe ich, meiner Erinnerung nach, noch nie erlebt.

Egal. Das ist das eine. Das andere ist: Der Bezirksrat St. Leonhard, das wird dir vom Bezirksvorsteher Molnár hoffentlich kommuniziert worden sein oder deinen Kolleginnen und Kollegen im Klub, hat sich für den Erhalt des Kistls und Standort, aber auch als zweiten Punkt und auf den werde ich meinen Zusatzantrag abstellen, im Falle eines drohenden Abrisses wird Stadtrat Riegler dann aufgefordert, das ist hier die Formulierung, dem Hinterhof-Theater Kistl mindestens gleichwertige, nach Möglichkeit größere Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen. Das ist einstimmig angenommen worden.

Mein Zusatzantrag, ich nehme einmal an, dass wir nicht über die Dringlichkeit kommen, zielt genau darauf ab. Punkt 1 hat die Kollegin...

*Unverständlicher Zwischenruf von StR Dr. Riegler*

**Gemeinderat Klubobmann Dreisiebner:**

Ja, ich darf ihn trotzdem kurz skizzieren. Punkt 1, hat die Kollegin gesagt, es ist wichtig, das Theater zu erhalten, das Gebäude zu erhalten. Punkt 2, anhängend an dem, was wir in den Ausschüssen besprochen haben im Fläwi-Planungsbereich und was der Bezirksrat eben auch einstimmig beschlossen hat, diese Unterstützung bei der Suche nach Ersatz-Räumlichkeiten. Und das wäre der Inhalt meines Zusatzantrags, den ich wohl nicht stellen können werde. Schade, dass ihr kein anderes Signal gebt, liebe ÖVP, an die Herrschaften im Herz-Jesu-Viertel. Danke. (*Applaus*)

**Stadtrat Dr. Riegler:**

Ich möchte wirklich bitten, in Zukunft disziplinierter bei der Diskussion zur Dringlichkeit zu bleiben.

*Unverständliche Zwischenrufe.*

**Stadtrat Dr. Riegler:**

Gibt es weitere Diskussionsbeiträge zur Dringlichkeit? Wenn das...

Ah, Frau Gemeinderätin Robosch, bittesehr, zur Dringlichkeit.

**Gemeinderätin Robosch:**

Ich werde meine Wortmeldung für heute etwas kürzer gestalten. Ich glaube, manche Dinge sind relativ einfach. Entweder man bekennt sich als Stadt Graz dazu, dass man diese Einrichtung, die identitätsstiftend für den Bezirk ist, die identitätsstiftend für ganz viele Menschen ist, die dort hingehen, für ganz viele Schülerinnen, die dort Aufführungen machen und Workshops machen oder man bekennt sich nicht zur Weiter- oder zur Aufrechterhaltung. Und ich glaube, unter diesem Aspekt muss man diese Diskussion führen, wenn man wirklich heute entscheidet, das ist nicht dringlich und man möchte sich nicht dafür aussprechen, dass das Kistl erhalten bleibt, dann geht man auch die Gefahr ein, dass eben kein neuer Ort gefunden wird und auch die Örtlichkeit jetzt verloren gegangen wird.

Und wenn das wirklich uns als Stadt Graz, unser Weg sein möchte, dann ist es die Entscheidung von Schwarz-Blau wieder einmal, aber ich kann nur ganz klar jetzt hier sagen, wenn man jetzt nicht reagiert und auch jetzt sagt nein, es ist eigentlich nicht dringlich und über diese Diskussion diskutieren wir gerade, dann hat man auch mit den Konsequenzen zu leben. Und ich kann nur appellieren darauf, dass man eben diese Einrichtung, die so identitätsstiftend für den Bezirk ist, aufrecht erhält. (*Applaus*)

**Vorsitzwechsel – Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz (15.29 Uhr)**

**Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:**

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Stadtrat Riegler, bitte.

**Stadtrat Dr. Riegler:**

Ja, nur ganz kurz zur Dringlichkeit. Die sehen wir eben nicht gegeben. Wie schon der Herr Gemeinderat DI Topf ausgeführt hat, anzumerken ist, dass das Kistl natürlich ein lobenswertes und liebenswertes Theater ist, das auch zweifelsohne seine Bedeutung hat. Deswegen ist es auch so, dass es uns natürlich daran gelegen ist, und ich sage das deswegen auch, weil angeblich Vertreterinnen und Vertreter des Kistls da sind. Deswegen ist auch uns ganz sicher daran gelegen, Ersatzräumlichkeiten sowohl zum Proben als auch zum Aufführen zu finden. Wir sehen nur, wie gesagt, die Dringlichkeit nicht, aber wir würden uns selbstverständlich bemühen im Weiteren im Zusammenwirken mit dem Kistl für einen gedeihlichen weiteren Ort, daran zu arbeiten, einen solchen zu finden. Zu denken wäre natürlich an Gebäude, die in der Nähe sind, wie zum Beispiel das Sacré Coeur oder die Heilandskirche. Das Bemühen ist auf jeden Fall da, auch wenn wir vielleicht nicht für die Dringlichkeit stimmen. (*Applaus*)

**Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:**

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir über..., ah ja, Pardon, Entschuldigung, ja, Schlusswort.

**Gemeinderätin DI<sup>in</sup> Braunersreuther:**

Ja. Nachdem die Tendenz so ist, dass die Dringlichkeit wohl nicht gegeben sein wird, ist mir das Schlusswort besonders wichtig. Also über den Inhalt kann man ja vielleicht streiten. Die einen sagen, und das wissen wir alle, wir wollen hier, dass hier unbedingt gebaut wird, so wie es die Pläne vorsehen und dann muss dieses Theatergebäude halt weg. Da kann man darüber streiten, aber über die Dringlichkeit, finde ich, kann man nicht streiten, denn der Bebauungsplan, der wird jetzt diskutiert und die Angst der vielen ehrenamtlichen Engagierten in diesem Theater, die ist jetzt da, ganz berechtigt jetzt da. Weil sie jetzt nicht sicher wissen können, wie es weitergeht. Und deswegen habe ich ja auch diesen Antrag gestellt. Und jetzt könnte man sich noch dafür engagieren, diesen Ort zu erhalten, zum Beispiel indem man noch mal überprüfen lässt, warum diesem Gebäude damals der Denkmalschutz aberkannt wurde, was nichts, also wofür es keine schlüssige Erklärung gibt.

Zum Ersatzort habe ich auch schon von Plänen gehört, dass man dieses Theater ja dann zum Beispiel in diesem neuen Gebäude unterbringen könnte. Ja, das mag für den Bezirk vielleicht ganz nett sein, für das Theater ist es das sicher nicht. Denn bis ein neues Gebäude gebaut ist, da vergehen sehr, sehr viele Spielzeiten und die gehen verloren und alle wissen, was es für Kulturinitiativen bedeuten kann, wenn denen Spielzeiten verloren gehen. Die sind aus dem Sinn der Leute. Sie verlieren ein Publikum durch dieses Fehlen von Kontinuität, dass sich das Theater wirklich durch sehr, sehr viel Engagement aufgebaut hat. Mit großem Erfolg, wie gesagt, es ist wahrscheinlich das Theater in Graz, das am meisten ausverkauft ist. Das geht einfach verloren und deswegen bitte ich noch mal, der Dringlichkeit zuzustimmen, denn sie ist wirklich gegeben. (*Applaus*)

**Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:**

Danke. Nun kommen wir zur Abstimmung über die Dringlichkeit des Antrages. Wer für die Dringlichkeit ist, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Dringlichkeit ist nicht angenommen.

**Die Dringlichkeit des Antrages von GR<sup>in</sup> DI<sup>in</sup> Braunersreuther wurde mehrheitlich, gegen KPÖ, Grüne, SPÖ, Neos, abgelehnt.**

**Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:**

Wir kommen zum nächsten dringlichen Antrag. Gestellt von Gemeinderat Berno Mogel und ich bitte um die Ausführungen.

**E.3) Einkommensbegriff – Änderung StWUG-DVO (GR Mogel, FPÖ)**

**Gemeinderat Mogel:**

Liebe Gäste! Hoher Gemeinderat! Werter Stadtsenat! Vize-Bürgermeister! Ein ähnliches Thema, was ich heute schon einmal, oder ein fortführendes Thema, worüber ich heute schon einmal kurz die Ehre hatte zu sprechen. Wir haben in den vergangenen Monaten, wie auch heute, die Richtlinien rund um, alle Richtlinien rund um das Wohnen Graz, also mit der Vergaberichtlinie, mit der Gewährung der Mietzinszahlung und auch der Gewährung eines Kautionsbeitrages erarbeitet und auch umgesetzt. Hierbei lag das Augenmerk selbstverständlich vor allem darauf, die soziale Treffsicherheit zu erhöhen und Härtefälle zu vermeiden. Es wurde aber auch darauf Wert gelegt, den in den Richtlinien der Stadt verwendeten Einkommensbegriff klar zu definieren und diesen an dem im Land Steiermark im Bereich Wohnunterstützung verwendeten Begriff anzugleichen. Dies ist uns ja auch gelungen heute mit dem letzten Stück. Leider ist uns in dem Zusammenhang, leider haben wir da feststellen müssen, dass in den relevanten Materiegesetzen des Landes zwar erhaltene Unterhaltszahlungen in das Einkommen miteinbezogen werden, diese jedoch beim Leistenden nicht in Abzug gebracht werden. Dies führt in zahlreichen Fällen zu einer massiven Benachteiligung derer, die den Unterhalt zahlen.

Allgemein muss festgehalten werden, dass das mit Stand Frühjahr 2015 österreichweit, wir haben leider Gottes keinen späteren, keine spätere Zusammenfassung gefunden, österreichweit im Bereich Wohnbeihilfe und Berechnung der bedarfsorientierten Mindestsicherung 18 verschiedene Einkommensbegriffe verwendet werden. Das Land Steiermark hat inzwischen zumindest im Einkommensbegriff dieser beiden Bereiche mit der Schaffung des Steiermärkischen Wohnunterstützungsgesetzes angeglichen. In anderen Bundesländern, ich nehme da jetzt nur als Beispiel, was ja vom Größen- und Mengengerüst ähnlich ist, Oberösterreich und Niederösterreich, werden bereits geleistete Unterhaltszahlungen einkommensmindernd berücksichtigt.

Das Steiermärkischen Wohn-Unterstützungsgesetz ermächtigt die Landesregierung dazu, nähere Regelungen insbesondere über das Einkommen am Verordnungswege zu regeln. Daher auch der Versuch, das hier zu machen, weil wir hier einfach den bürokratischen Aufwand am geringsten sehen. Daher stelle ich den Antrag im Rahmen des freiheitlichen Gemeinderatsklubs, die Stadt Graz möge am Petitionswege mit dem Ersuchen an die Landesregierung herantreten, die Durchführungsverordnung des Steirischen Wohn-Unterstützungsgesetzes dahingehend abzuändern, dass fortan sämtliche Unterhalts-Zahlungen beim Leistenden einkommensmindernd berücksichtigt werden. Danke und ich bitte um Annahme. (*Applaus*)

*Gemeinderat Mogel stellt namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs folgenden **dringlichen Antrag**: Der Gemeinderat wolle beschließen: Die Stadt Graz möge am Petitionswege mit dem Ersuchen an die Landesregierung herantreten, die StWUG-DVO dahingehend abzuändern, dass fortan sämtliche Unterhaltszahlungen beim Leistenden einkommensmindernd berücksichtigt werden.*

**Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:**

Danke. Gibt es Wortmeldungen? Bitte, Frau Gemeinderätin Wutte.

**Gemeinderätin Wutte, MA:**

Ja, lieber Kollege Mogel! Also grundsätzlich sind wir Ihrer Meinung. Sie weisen da auf einen, auch aus unserer Sicht, wichtigen Missstand hin. Wir setzen uns auf Landesebene auch schon länger dafür ein, dass Unterhaltszahlungen als einkommensmindernd berücksichtigt werden bei denen, die sie leisten, eben weil das Geld den Leuten tatsächlich nicht zur Verfügung steht und dadurch einfach Personen, die wenig Geld zur Verfügung haben, um die Wohnbeihilfe umfallen. Nicht zuletzt dient es auch den Frauen, diesen Vorschlag umzusetzen, weil auch die Zahlungsmoral bei Unterhaltszahlungen besser wird. Oft sind es ja Männer, die finanziell abgesichert sind. Deswegen werden wir den Antrag in der Dringlichkeit unterstützen. Wenn wir zur inhaltlichen Debatte kommen, werden wir auch noch einen Zusatzantrag einbringen, weil wir meinen, im Grunde ist es gleichermaßen ungerecht bei denen, die Unterhaltszahlungen erhalten, das als Einkommen zu rechnen. Weil eigentlich ist der Unterhalt wiederum etwas, was für die finanzielle Absicherung der Kinder gedacht ist und in dem Sinn nicht als persönliches Einkommen der Menschen, die es bekommen, zu werten. Aber dazu später mehr. Danke. (*Applaus*)

**Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:**

Gibt es weitere Wortmeldungen? Ach ja, entschuldige, Frau Stadträtin Kahr.

**Stadträtin Kahr:**

Ja, sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Antragsteller! Ich bin sehr froh, dass dieser Dringlichkeitsantrag heute gestellt wird und ich hoffe auch, dass er heute eine Mehrheit findet. Habe ich doch in den letzten zwölf Jahren in der täglichen Beratung, wöchentlich genau solche Fälle, wie sie jetzt vorhin auch beschrieben worden sind, erleben müssen.

Und das wirklich oft zu ganz bitteren Situationen für die Betroffenen, es betrifft ja manchmal auch Frauen, muss man sagen, führt. Und wir haben zuletzt im Oktober 2015 hier im Haus einen Dringlichkeitsantrag, ganz gleichlautend, aber eben auch mit dem Zusatz, dass umgekehrt sozusagen die Exfrau, also die Leistungsempfängerin, wenn man so sich ausdrücken möchte, für die Alimente, sozusagen diese Alimente beim Einkommen eben auch nicht berücksichtigt werden. Es ist, wir haben das damals getrennt, leider damals hat die ÖVP und die SPÖ dagegen gestimmt, das muss ich so sagen und ich hoffe, dass sozusagen dieser Antrag heute eine Mehrheit findet und somit spät, aber doch, sozusagen unser Anliegen auch Unterstützung findet.  
Danke. (*Applaus*)

**Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:**

Gibt es weitere Wortmeldungen? Nicht. Dann, Antragsteller möchtest du etwas dazu sagen, oder behältst du dir das Schlusswort für später vor? Gut. Dann bringe ich den Antrag zur Dringlichkeit zur Abstimmung. Wer dafür ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand. Das ist einstimmig angenommen.

**Die Dringlichkeit des Antrages wurde einstimmig angenommen.**

**Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:**

Damit geht's jetzt um den Inhalt. Wer möchte dazu das Wort? Bitte, Herr Klubobmann Ehmman.

**Gemeinderat Klubobmann Ehmann:**

Herr Vizebürgermeister! Geschätzte KollegInnen der Stadtregierung! Geschätzte KollegInnen des Gemeinderates! Meine Damen und Herren! Selbstverständlich sind wir hier bei der Dringlichkeit mit dabei. Es ist uns auch ein Anliegen, wir haben ja heute schon trefflich darüber, bei anderen Tagesordnungspunkten wie der Mietzinszahlung, darüber diskutiert und alle Diskussionen zeigen eigentlich immer wieder, dass es an der Zeit ist, grundsätzlich den Einkommensbegriff selbst einheitlich und nachvollziehbar für Bürgerinnen und Bürger zu definieren. Im konkreten Fall wäre es nur in der Tat schwer nachzuvollziehen, dass sich der Staat faktisch dort oder da die Rosinen herauspickt, nämlich der, der Alimente bezieht, für den erhöht sich das zu berücksichtigende Einkommen.

Und bei dem, der Alimente bezahlt, reduziert sich aber nichts. Wobei wir hier eine vergleichbare Diskussion bereits, ich erinnere, im November 2015 hatten und auch wir schon damals dafür plädierten, dass es insgesamt einen einheitlichen Einkommensbegriff geben sollte. Daher wiederholen wir gerne unseren Antrag vom November 2015 als Zusatzantrag jetzt. Ich darf ihn daher einbringen und verlesen.

**E.3.1) Zusatzantrag von GR KO Ehmann zum dringlichen Antrag**

**„Einkommensbegriff – Änderung StWUG-DVO“**

Namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion stelle ich nachfolgenden Zusatzantrag:  
Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen: Die Stadt Graz tritt an den Steiermärkischen Landtag im Petitionswege heran und ersucht diesen, dass für alle personenbezogenen Beihilfen und Förderungen ein einheitlicher Einkommensbegriff mit einer einheitlichen Berechnungsmethode entwickelt wird, wobei zu berücksichtigen ist, dass Härtefälle ausgeschlossen werden. Vielen Dank. (*Applaus*)

*GR KO Ehmann stellt namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion nachfolgenden **Zusatzantrag**: Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen: Die Stadt Graz tritt an den Steiermärkischen Landtag im Petitionswege heran und ersucht diesen, dass für alle personenbezogenen Beihilfen und Förderungen ein einheitlicher Einkommensbegriff mit einer einheitlichen Berechnungsmethode entwickelt wird, wobei zu berücksichtigen ist, dass Härtefälle ausgeschlossen werden.*

**Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:**

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Bitte, Frau Kollegin Wutte.

**E.3.2) Zusatzantrag von GR<sup>in</sup> Wutte, MA zum dringlichen Antrag**

**„Einkommensbegriff – Änderung StWUG-DVO“**

**Gemeinderätin Wutte, MA:**

Ja, ich möchte an dieser Stelle auch noch einmal festhalten, dass ich mich wirklich freue über die Einigkeit, die zu diesem Thema herrscht und ich würde mir wünschen, dass wir das öfter schaffen. Also, wenn es einen sinnvollen Vorschlag gibt, der einfach Sinn macht für die Menschen, dass man dann auch gemeinsam dafür stimmen können. Und nicht immer nur in der üblichen Konstellation. Genau. Zu meinem Zusatzantrag: Außerdem wird die Landesregierung ersucht, Kinder-Unterhaltszahlungen nicht mehr dem Einkommen der BezieherInnen anzurechnen. Diese Unterhaltszahlungen dienen der finanziellen Absicherung der Kinder und sind deswegen nicht als persönliches Einkommen der BezieherInnen zu sehen. Danke. (*Applaus*)

*GR<sup>in</sup> Wutte, MA stellt folgenden **Zusatzantrag**: Außerdem wird die Landesregierung ersucht, in der StWUG-DVO Kinderunterhaltszahlungen nicht mehr dem Einkommen der BezieherInnen anzurechnen. Diese Unterhaltszahlungen dienen der finanziellen Absicherung der Kinder und sind deswegen nicht als persönliches Einkommen der BezieherInnen zu sehen.*

**Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:**

Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Dann bringen wir den Antrag zur Abstimmung. Schlusswort, entschuldige, ich vergesse immer. Aus den Augen, aus dem Sinn, ist da drüben.

**Gemeinderat Mogel:**

Ich möchte mich eigentlich nur bedanken. Grundsätzlich für die sich abzeichnende Zustimmung. Es ist ein wichtiges Thema, auch den Zusatz, den jetzt Klubobmann Ehemann eingebracht hat. Wie gesagt, der Versuch ist, werden wir auch zustimmen, der Versuch war bei uns, es so einfach wie möglich zu halten und so schnell wie möglich umsetzbar machen, deswegen einmal ein kleines Stück und das an die Landesregierung. Deswegen jetzt auch der Versuch, einmal das so zu machen, deswegen jetzt auch hier jetzt bei den Grünen nicht die Unterstützung, weniger jetzt vom Inhalt her, sondern weil wir einfach sagen, schauen wir einmal, dass wir diesen kleinen Teil jetzt einmal zusammenbringen, ob der so umgesetzt werden kann. Wir hoffen, dass der zweite Zusatzanteil ist natürlich ein anderer, jetzt ein weitreichenderer, auch an eine andere Stelle. Danke noch mal für die Zustimmung. Ich hoffe, dass das gemeinsam auch so umsetzbar ist. Danke. (*Applaus*)

**Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:**

Wir kommen zur Abstimmung des dringlichen Antrages. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Das ist ein einstimmiger Beschluss. Ich danke.

**Der dringliche Antrag von GR Mogel wurde einstimmig angenommen.**

**Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:**

Wir kommen zum ersten Zusatzantrag, gestellt von der SPÖ von Seiten des Klubobmanns Michael Ehemann. Wer für diesen Zusatzantrag ist, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Auch das ist ein einstimmiger Beschluss.

*Zwischenruf StR<sup>in</sup> Kahr: Nein, nein.*

**Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:**

Nein, pardon, Entschuldigung. Bitte Gegenprobe sicherheitshalber. Danke. Gegen die Stimmen der KPÖ.

**Der Zusatzantrag von GR KO Ehmann wurde mehrheitlich gegen die Stimmen der KPÖ angenommen.**

**Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:**

Dann kommen wir zum Zusatzantrag der Grünen, gestellt von Frau Gemeinderätin Wutte. Wer dafür ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand. Dieser Zusatzantrag ist abgelehnt.

**Der Zusatzantrag von GR<sup>in</sup> Wutte, MA wurde abgelehnt.**

**Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:**

Wir kommen zum nächsten dringlichen Antrag. Gestellt von Frau Gemeinderätin Ribo. Bitte um Ihre Ausführungen.

**E.4) Verbesserung/Nachschärfung der Objektivierungsrichtlinien der Stadt Graz insbesondere in Hinblick auf die Besetzung von Leitungsfunktionen (GR<sup>in</sup> Ribo, MA, Grüne)**

**Gemeinderätin Ribo, MA:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste auf der Galerie! In meinem heutigen Antrag geht es um Verbesserung/Nachschärfung der Objektivierungsrichtlinien in der Stadt Graz, insbesondere im Hinblick auf die Besetzung von Leitungsfunktionen. Viele von euch wissen, was jetzt zirka kommen wird. Es ist so. Es gab Kritik. Es gab genug Kritik bei dem Auswahlverfahren für die Neubesetzung der Stelle der Kulturamtsleitung. Die Kritik kam nicht nur von uns Grünen, auch von den anderen Oppositionsparteien. Die Kritik kam aber oder sehr laute Kritik kam auch von der Seite der Kunst- und Kulturschaffenden. Nicht abzustreiten ist, dass einfach dieses Verfahren von einigen Pannen begleitet wurde.

Von über 70 Bewerberinnen sind letztendlich nur drei übergeblieben, die dann zum Hearing eingeladen wurden und gekommen sind. Die Fragen, die wir dazu hatten, konnten auch in der letzten Gemeinderatssitzung zu den sogenannten Formfehlern nicht beantwortet werden, das heißt, nach wie vor ist es uns nicht klar, wie es passieren konnte, dass ein Auswahl-Team beim ersten Hearing die und die Personen eingeladen hat und diese auch für qualifiziert gefunden hat und beim nächsten Hearing hat dann einfach eine andere Meinung gehabt. Auf einmal waren das doch andere, die qualifizierter waren. Da stellt sich schon die Frage: Gab es für die Einladung zum Hearing klare Kriterien, mit einer vorher festgelegten Gewichtung oder basiert die Entscheidung letztendlich wirklich auf individuelle Einschätzungen der Auswahlkommission? Das wissen wir noch nicht, der Herr Vizebürgermeister antwortet mit ja. Ist auch zur Kenntnis zu nehmen.

Was wir auch nicht wissen, wie viele Personen von vornherein gesagt haben, ja, wenn schon klar ist, wer es wird, also wer der Gewinner sein wird, dann bewerbe ich mich gar nicht. Da hat unser Herr Bürgermeister natürlich entsprechende Medienarbeit vorgeleistet, ja ein Wunder. Es ist wirklich dann so geworden, wie er es gesagt hat. Wir GemeinderätInnen haben auch einen sehr begrenzten Einblick in das ganze Verfahren. Ja, wir können beim Hearing dabei sein, stimmt. Trotzdem sind wir dann diejenigen, die hier eben die Entscheidung auch treffen, ob wir, ob eben die Aufnahme dann vollzogen wird oder nicht. Die Objektivierungs-Richtlinien der Stadt Graz wurden erstellt, um die Aufnahme von Personen in ein städtisches Dienstverhältnis sowie magistratsinterne Stellenbesetzungen nach einheitlichen und objektiven Kriterien zu gestalten. Nun, wenn die handelnden Personen nicht viel von Objektivität halten, dann lassen sich auch die Objektivierungs-Richtlinien nicht so umsetzen. Vermutete Postenschacher.

*Unverständliche Zwischenrufe.*

**Gemeinderätin Ribo, MA:**

Also, jeder hat die Möglichkeit, danach sich zu Wort zu melden, man braucht nicht vorher einfach rausschreien. Vermutete Postenschacher, wie schon vorhin gesagt, haben natürlich qualifizierte Leute davon abgehalten, sich auch zu bewerben. Da gibt es eben eine Möglichkeit politischen...

*Unverständliche Zwischenrufe.*

**Gemeinderätin Ribo, MA:**

Da gibt es eben eine politische, bitte...?

*Unverständliche Zwischenrufe.*

**Ordnungsruf durch Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio (15.45 Uhr):**

Bitte keine Zwiegespräche.

**Gemeinderätin Ribo, MA:**

Genau. Bitte das von meiner Zeit wegrechnen.

*Allgemeines Gelächter und Applaus*

**Gemeinderätin Ribo, MA:**

Es gibt hier einfach die Möglichkeit, politische Einflussnahme zu nehmen, die auch so gemacht wird, um eben diese Einflussnahme wirklich abzuschwächen und alles zu machen, dass es objektiv auch bleibt. Dass diese Stellenbesetzungen objektiv vollzogen werden, das muss unser Ziel sein.

Was für Möglichkeiten gibt es da? Wir haben uns da Gedanken dazu gemacht. Ich stelle vor: Zum Beispiel frühzeitige Einbeziehung der Gemeinderäte aller Fraktionen im Auswahlverfahren für die Leitungsfunktionen. Wie gesagt, wir dürfen beim Hearing dabei sein, aber die wesentlichen Entscheidungen werden ja vorher getroffen. Wie, warum, weshalb, wer zum Verfahren zugelassen wird? Wie welche Qualifikation gewichtet wird? Das wissen wir alles nicht. Ich habe mir im Personalausschuss und heute auch noch einmal den Akt angeschaut. Im Akt ist nichts darüber vermerkt. Es gibt keine Protokolle, es gibt keine Dokumentationen darüber, wie, wer, warum genommen wurde. Datenschutz, ja, natürlich. Aber man kann das auch anonym machen. Man kann sich auch nur auf die Qualitätsqualifikationen beziehen. Dann weiter. Beziehung von externen Fachleuten in beratender, beobachtender Funktion. Ja es ist auch jetzt so, dass Fachleute miteinbezogen werden. Personalfirmen: Ja.

**Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustachio**

Bei allem Verständnis, aber jetzt sind wir 40 Sekunden drüber. Ein bisschen schneller, bitte.

**Gemeinderätin Ribo, MA:**

Personalfirmen werden miteinbezogen, aber es würde nicht schaden, wenn man auch Fachexpertisen von Personen nimmt, die einfach zum Inhalt dieser Stelle etwas dazusagen könnten. Da haben zum Beispiel im letzten Verfahren Kunst- und Kulturschaffende ihre Expertise angeboten, aber es wurde abgelehnt. Dann die Nachvollziehbarkeit der Entscheidungen. Wieder, ich wiederhole, wie, warum, wer, weshalb genommen wird, wird nicht protokolliert.

*Unverständliche Zwischenrufe*

**Gemeinderätin Ribo, MA:**

Nicht einmal im schriftlichen Abriss ist es nicht da. Wo dieser digitale Akt ist, weiß ich nicht, ich konnte dort nicht Einsicht nehmen. Es ist auch üblich, zum Beispiel in den skandinavischen Ländern, die sind uns weit voraus...

**Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio**

So, Frau Kollegin, jetzt sind wir 1,20 Minuten drüber. Bitte zum Ende kommen.

**Gemeinderätin Ribo, MA:**

Das auch Gespräche mit den Personen führt, die dann beim Hearing nicht genommen werden und ihnen in einem direkten Gespräch erklärt, wieso sie nicht für diese Stelle genommen wurden. Deshalb, um das alles zu vermeiden, stelle ich im Namen der Grünen folgenden dringenden Antrag: Der Personalausschuss unter Vorsitz von Personalstadtrat Mag. Mario Eustacchio und unter Einbeziehung des Personalamtes analysiert den Verbesserungsbedarf der städtischen Objektivierungs-Richtlinie, unter Berücksichtigung der im Motiventext angeführten Punkte, und diskutiert konkrete Verbesserungsvorschläge, die zu mehr Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Entscheidungen führen könnten. Dem Gemeinderat ist dazu bis zu seiner Sitzung im Februar 2018 ein Informationsbericht vorzulegen. Danke. (*Applaus*)

*Gemeinderätin Ribo, MA, stellt namens der Grünen folgenden **dringlichen Antrag**: Der Personalausschuss unter Vorsitz von Personalstadtrat Mag. (FH) Mario Eustacchio und unter Einbeziehung des Personalamtes analysiert den Verbesserungsbedarf der städtischen Objektivierungs-Richtlinie unter Berücksichtigung der im Motiventext angeführten Punkte und diskutiert konkrete Verbesserungsvorschläge, die zu mehr Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Entscheidungen führen könnten. Dem Gemeinderat ist dazu bis zu seiner Sitzung im Februar 2018 dazu ein Informationsbericht vorzulegen.*

**Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio**

Gibt es dazu Wortmeldungen? Ist nicht der Fall. Dann melde ich mich selbst. Ja, bitte.

**Gemeinderat Mag. Haßler:**

Ja, sehr geehrter Herr Vizebürgermeister! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich bin jetzt am Beginn meiner dritten Periode im Gemeinderat und in den vergangenen Jahren hatte ich schon die Gelegenheit, in verschiedenen Rollen, auch bei Hearings, teilzunehmen. Einerseits als Zuhörer, andererseits auch als Mitglied der Hearingskommission und das nicht nur bei Magistrats-Dienststellen, sondern auch bei den Beteiligungen der Stadt. Und aus der Erfahrung heraus kann ich der Kollegin Ribo nur zustimmen, dass jegliche Verbesserung von Objektivierungs-Richtlinien zu begrüßen sind, weil zwar einiges sehr gut läuft, aber sicher noch genug Potential da ist, um etwas besser zu machen.

Aus Sicht unserer Fraktion ist daher jede Initiative, die zu Verbesserungen führen kann, ein wichtiger Beitrag und ich sage das sehr bewusst unter dem Gesichtspunkt, selbst dann wichtig, wenn Verbesserungsinitiativen, wenn das am Ende des Tages dazu führt, dass man zur Erkenntnis kommt, dass eine Objektivität, wie sich die meisten von uns nach den Buchstaben des Wortes irgendwie auch vorstellen oder wünschen, im Umfeld von politischen Einflüssen wahrscheinlich kaum realisierbar sein wird. Allerdings, und das ist meine feste Überzeugung, sollte man dann auch so ehrlich sein, zukünftig sehr stringent darauf zu verzichten, Schein-Objektivität wie ein Feigenblatt vor sich her zu tragen.

Wenn man im Zuge von Diskussionen zu Verbesserungsvorschlägen zu städtischen Objektivierungsrichtlinie zur Einsicht kommt, dass keine Objektivität möglich ist, die einen Großteil der Beteiligten und einen Großteil der Öffentlichkeit zufriedenstellt und aus meiner Sicht ist die Wahrscheinlichkeit, dass man nach einer eingehenden Diskussion zur Erkenntnis kommt, sehr groß, da sollte man sich zukünftig zumindest darauf verständigen, dass sich die, die Entscheidungen anstoßen und die die Verantwortung tragen, auch zu diesen Entscheidungen bekennen und sich nicht hinter Schein-Kriterien und vorgeschobenen Hearings-Kommissionen verstecken, wie es derzeit leider sehr oft der Fall ist. Das Mindeste, glaube ich, das sich die Grazerinnen und Grazer erwarten können, ist aus meiner Sicht, dass Entscheidungsverantwortliche den Mumm haben, öffentlich zu ihren Entscheidungen zu stehen, und zwar auch dann, wenn ein rauer Wind entgegenbläst. Aber gerade das, sage ich ganz offen, habe ich in der Vergangenheit leider sehr oft schmerzlich vermisst und ich habe mich jetzt deshalb zur Dringlichkeit zu Wort gemeldet, weil ich davon ausgehe, dass die Herren und Damen in den ersten drei Reihen, ich sage immer nicht Flieder-Koalition, sondern der Seifenblasen-Koalition, wahrscheinlich keine Lust haben...

*Unverständliche Zwischenrufe*

**Gemeinderat Mag. Haßler:**

...keine Lust haben, mit uns im Ausschuss intensiv darüber zu diskutieren.

**Gemeinderat Mag. Haßler:**

Deshalb habe ich es da jetzt versucht, danke. (*Applaus*)

**Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio**

Herr Gemeinderat Swatek, bitte.

*Unverständliche Zwischenrufe*

**Gemeinderat Swatek, BSc.:**

Ja, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ob die Wortmeldung der SPÖ gerade auch ernstzunehmend ist, werden wir...

***Läuten der Ordnungsglocke durch  
Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio***

**Gemeinderat Swatek, BSc.:**

...im nicht öffentlichen Teil dann sehen, wie sie beim Universalmuseum Joanneum abstimmen, das ist ja auch so ein Fall. Ich möchte aber nur kurz anmerken, dass ich inhaltlich voll bei dem Antrag bin und den auch unterstütze und ich möchte noch einmal aufmerksam machen auf eine Idee, die ich schon gehabt habe, auch die Hearings öffentlich abzuhalten. Auf der Universität kann jeder Grazer und jede Grazerin bei der Berufung eines Universitäts-Professors im Hearing bei dieser Vorlesung, die er halten muss, teilnehmen, kann auch Fragen stellen. Die Politik trifft aber wichtige Entscheidungen, die vor allem alle Bürger und Bürgerinnen direkt betreffen, hinter verschlossenen Türen. Und das halte ich nicht für richtig und deswegen glaube ich, dass wir da mehr Transparenz schaffen könnten, wenn wir es wollen. (*Applaus*)

**Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio**

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Dann werde ich etwas dazu sagen. Meine Damen und Herren! Über viele Jahre hinweg, werden diese Prozesse jetzt hier gemacht. Das Suchen der richtigen Kandidatin oder des richtigen Kandidaten. Dass es der einen oder dem anderen Dame oder Herrn hier nicht gefällt, wenn jemand bestellt wird, das mag sein, das ist aber eine persönliche Geschichte. Hier hat etwas stattgefunden, was genau so vorgegeben war und wir haben es, genau so umgesetzt, mit dem einzigen Unterschied, dass ursprünglich, weil es sehr gedrängt wurde, dass wir schon im September das Hearing machen, sich drei Personen zusammengefunden haben und dieses Hearing begangen haben. Und auch die Kriterien festgelegt haben.

Und diese Kriterien sind natürlich nichts Fixes und nichts in Stein Gemeißeltes und wir haben dann daraufhin gesagt, es kann nicht sein, dass nur die Hälfte sozusagen dieser Kommission, die dann das Hearing durchführen wird, bestimmt, welche Personen werden nach welchen Kriterien ausgewählt. Daher, und das war das Wichtige, dass jene Stadt-Senatsreferenten, Stadtrat Riegler, Stadtrat Hohensinner, die ja auch die zuständigen Referenten sind, auch dabei sind und ihre Kriterien festlegen. Und damit wir ein Beispiel bringen: Ich kann ein Kriterium festlegen heute, dass ich sage: Ich suche jemanden, der in der Kulturszene gearbeitet hat und werte das mit, ich weiß nicht, 20 % und hat aber noch nie Führungserfahrung gehabt. Keine Mitarbeiter geführt. Das kann man machen. Auf der anderen Seite kann man festlegen, ich suche eine Person, die Führungserfahrung hat und werte das viel stärker. Ich möchte nur diese zwei Aspekte jetzt hereinbringen. Und das ist relevant.

Und es ist ganz klar, dass jene Herren im dem Fall, die die Führungsverantwortung haben, sprich die Stadtsenatsreferenten sind. Ich lege fest primär mit dem Team, welche Kriterien für mich relevant sind. Und das hat zu dieser Veränderung geführt und das ist rechtens und das ist legitim. Und deswegen hat es auch zu einer Veränderung der Personen geführt und letztlich das ist es, und letztlich hat diese Kommission getagt, hat hier überprüft und man hatte die Gelegenheit, auch dabei sein zu können, von Ihrer Seite. Und es war ein einstimmiges Ergebnis und eine klare Feststellung, dass der, der heute nominiert ist, der von mir vorgeschlagen wird, mit dieser wichtigen Funktion beauftragt werden soll. Und noch ein Abschlusssatz von mir, meine Damen und Herren, wir reden nicht über jemanden, der aus der Kulturszene kommen muss, es ist schön, wenn jemand kulturaffin ist. Es geht hier um einen Verwaltungsbereich. Es geht um die Aufgabe, die öffentliche Verwaltung zu vertreten und abzuwickeln. Und das ist die Aufgabe. Nur das hatten wir zu überprüfen und das ist relevant für unsere Verwaltungsaufgabe. Das vielleicht von meiner Seite noch mal zur Klarstellung, wenn es das letzte Mal noch nicht so hinübergekommen ist. Danke. (*Applaus*)

**Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio**

Das Schlusswort liegt bei Ihnen, Frau Antragstellerin.

**Gemeinderätin Ribo, MA:**

Danke für die Wortmeldungen. Ich werde vielleicht gleich auf die letzte Wortmeldung kurz eingehen. Ja, Sie sind der Personalreferent. Ja, es liegt in Ihrem Aufgabenbereich, auch die Kriterien-Punkte zu legen und zu gewichten. Wie auch immer. Aber, warum wurde das nirgends dokumentiert und warum ist es für keinen irgendwie ersichtlich, wie das vor sich gegangen ist? Das ist einmal die eine Frage. Dann natürlich würde dazu auch die Frage passen, wie kann es sein, dass unser Bürgermeister schon im Jänner wusste, wer im November zum Hearing kommt und wer das Hearing auch gewinnt? Das ist echt eine Super-Leistung von ihm. (*Applaus*)

*Unverständliche Zwischenrufe*

**Gemeinderätin Ribo, MA:**

Die Botschaft ist angekommen. Also, man hat kein Interesse trotz der vielen Kritik...

*Unverständliche Zwischenrufe*

**Gemeinderätin Ribo, MA:**

...trotz der vielen Kritik, wirklich von mehreren Seiten, da Fehler einzugestehen, was zu ändern. So viel dazu, die neue türkise Bewegung. Das muss ich auch sagen mit dem Slogan Veränderung. Also, verändert hat sich da nicht viel. Ihr seid wirklich tief schwarz. Schwarz und undurchsichtig.

*Unverständliche Zwischenrufe*

**Gemeinderätin Ribo, MA:**

Herr Sippel, Sie hatten wirklich die Möglichkeit, sich auch vorher zu Wort zu melden, wie gesagt. Jetzt bin ich dran.

*Unverständliche Zwischenrufe*

**Gemeinderätin Ribo, MA:**

Jetzt bin ich dran. Bei der FPÖ, da hat sich was verändert. Das stimmt. Ihr habt euch verändert im Sinne, früher war euch Transparenz sehr wichtig. Jetzt auf einmal nicht mehr. Das ist auch eine Art Veränderung. Natürlich im negativen Sinne. Aber es ist eine Veränderung. Ich halte fest, nicht nur, dass man nicht bereit ist, aus Fehlern zu lernen, man möchte wirklich der Kritik überhaupt kein, wie sagt man da, kein... es fällt mir jetzt das Wort... keinen Raum geben. Genau, keinen Raum geben. Danke.  
*(Applaus)*

**Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio**

Nur ein Abschlussatz, Frau Kollegin, weil das habe ich vergessen. Die Agenda ist natürlich bereit, die Richtlinien zu überarbeiten und wird zu gegebenem Zeitpunkt das auch präsentieren, vorlegen. Es muss ja letztlich auch im Gemeinderat abgestimmt werden.

Wir kommen zur Abstimmung des dringlichen Antrages. Wer für die Dringlichkeit ist, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Sicherheitshalber Gegenprobe. Dieser Antrag ist abgelehnt.

**Der dringliche Antrag von GR<sup>in</sup> Ribo, MA, wurde mehrheitlich gegen die Stimmen von KPÖ, Grüne, SPÖ, Neos, abgelehnt.**

**Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio**

Wir kommen zum nächsten dringlichen Antrag der Grünen. Und ich darf Frau Gemeinderätin Ussner herausbitten.

**E.5) Maßnahmen gegen Luftbelastung durch laufende Motoren bei halten-  
den/parkenden Autos (GR<sup>in</sup> Ussner, Grüne)**

**Gemeinderätin Ussner:**

Sehr geehrte Damen und Herren! Ja. Die Feinstaubsaison hat begonnen. Man sieht es, wenn man auf den Schloßberg geht und auf die Stadt herunterschaut. Man sieht es, wenn man stark befahrene Straßen entlang schaut oder Conrad-von-Hötzendorf-Straße. Viele Menschen spüren es auch. Durch einen monatelangen, ab jetzt monatelang anhaltenden Reizhusten, der sie durch den Winter und den Herbst begleitet. Und nur zur Erinnerung: Sie alle hier, jeder in Graz lebende Mensch verliert 17 Monate seiner Lebenszeit durch die Feinstaubbelastung, der wir hier ausgesetzt sind. Das scheint nämlich vielen Leuten, die Entscheidungen über die Maßnahmen gegen den Feinstaub treffen, nicht wirklich bewusst zu sein.

Feinstaub hat mehrere Ursachen, das wissen wir. Aber die ebenfalls die Lebenszeit verkürzenden Stickstoffoxide, da besteht kein Zweifel, dass die hauptsächlich vom Autoverkehr verursacht werden. Es ist sogar auf der Stadt Graz-Website nachzulesen. Anders als beim Feinstaub, wo verschiedene Ursachen einen Beitrag zur Belastung liefern, gibt es bei den Stickstoffoxiden, in Fachkreisen unumstritten, einen eindeutigen Hauptverursacher, den Kfz-Verkehr. Soweit sind wir ja wenigstens schon. Trotzdem ist es anscheinend nicht möglich, den Autoverkehr zu reduzieren in Graz.

Es braucht viele Maßnahmen, viele unterschiedliche Maßnahmen, kleinere, größere, um die Lebensqualität der Grazer und Grazerinnen wieder zu so einem Punkt zu bekommen, dass sie keine Lebenszeit verlieren. Und es kommt leider auch täglich vor, vor allem jetzt in den kälteren Monaten, dass Menschen in ihren haltenden parkenden Autos die Motoren laufen lassen, was ja eigentlich auch nicht erlaubt ist. Den Gesetzestext dazu können Sie in meinem Antrag nachlesen.

Besonders häufig findet es aber leider eben vor Kindergärten und Volksschulen statt, wo eben besonders belastete und besonders sensible Bevölkerungsgruppen, nämlich unsere Kinder, dem noch einmal stärker ausgesetzt werden, durch ihre kleinere Körpergröße und da näher am Auspuff sind und diese Stickstoffoxide noch stärker einatmen. Vielen Leuten ist es gar nicht bewusst und gar nicht bekannt, dass man den Motor nicht laufen lassen darf.

Und deshalb eben, jetzt komme ich zum Punkt von meinem Antrag. Es gebe die Möglichkeit, hier bewusstseinsbildende Maßnahmen als Erstes einzusetzen. Mit einer Kampagne, um den Leuten irgendwie bewusst zu machen, ok, das ist nicht erlaubt. Es hat auch Gründe. Speziell vor Kindergärten oder Schulen, eben um die Kleinsten unserer Stadt zu schützen und es gäbe nämlich, es wäre sehr naheliegend, wenn diese Kontrolle auch der Grazer Parkraumservice übernehmen könnte.

Weil der sowieso den Fokus auf den ruhenden Verkehr hat. Also, welche Vorteile würde das bringen? Verminderung der Feinstaub- und Stickoxid-Belastung in der Stadt. Natürlich eine spezielle Entlastung von Kindern, auch von älteren Menschen. Bewusstseinsbildung zu diesem Problem bei den Bürgern und Bürgerinnen der Stadt und bei der Übertragung der Kontrolle an den GPS eben auch eine Entlastung der Polizei, die sich dann noch anderen Themen widmen kann. Und eben eine bessere effizientere Kontrolle der Einhaltung dieses Gesetzes. Eben im Sinne dieses Motivenberichts stelle ich den folgenden dringlichen Antrag: Verkehrsstadträtin Elke Kahr wird ersucht, gemeinsam mit der Abteilung für Verkehrsplanung die Möglichkeit einer Kampagne zur Bewusstseinsbildung zum Thema der laufenden Motoren bei haltenden, parkenden Autos, für alle Verkehrsteilnehmerinnen zu prüfen, die möglichst noch in diesem Winter durchgeführt werden sollte. Dahingehend soll dem Ausschuss für Verkehr sowie dem Gemeinderat ein Beschlussstück bis zur Gemeinderatssitzung im Dezember 2017 vorgelegt werden.

Punkt 2: Der Gemeinderat ersucht die zuständige Verkehrsstadträtin, im Verkehrsausschuss unter Einbindung des Grazer-Parkraum-Services die Möglichkeiten einer verbesserten Kontrolle des Verbotes von laufenden Motoren bei haltenden, parkenden Autos zu diskutieren und hier insbesondere prüfen, unter welchen Voraussetzungen eine Übertragung der Kontrolle an den GPS möglich wäre. Danke. (*Applaus*)

*Gemeinderätin Ussner stellt, im Sinne des obigen Motivenberichtes namens der Fraktion der Grünen – ALG, folgenden **dringlichen Antrag**: 1. Verkehrsstadträtin Elke Kahr wird ersucht, gemeinsam mit der Abteilung für Verkehrsplanung die Möglichkeit einer Kampagne zur Bewusstseinsbildung zum Thema der laufenden Motoren bei haltenden/parkenden Autos für alle VerkehrsteilnehmerInnen zu prüfen, die möglichst noch in diesem Winter durchgeführt werden sollte. Dahingehend soll dem Ausschuss für Verkehr sowie dem Gemeinderat ein Beschlussstück bis zur Gemeinderatssitzung im Dezember 2017 vorgelegt werden. 2. Der Gemeinderat ersucht die zuständige Verkehrsstadträtin, im Verkehrsausschuss unter Einbindung des Grazer Parkraumservices die Möglichkeiten einer verbesserten Kontrolle des Verbotes von laufenden Motoren bei haltenden/parkenden Autos zu diskutieren und hier insbesondere zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen eine Übertragung der Kontrolle an das Grazer Parkraumservice möglich wäre.*

**Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio**

Danke. Gibt es Wort...? Her Gemeinderat DI Topf, bitte.

**Gemeinderat DI Topf:**

Sehr geehrter Vizebürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Antragstellerin! Ja, dieses Thema ist tatsächlich dringlich und die ÖVP wird der Dringlichkeit zustimmen und dann über den Inhalt noch eine Diskussion führen.

**Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio**

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Gibt es ein Schlusswort zur Dringlichkeit, Frau Gemeinderätin? Dann bringe ich die Dringlichkeit zur Abstimmung. Wer für die Dringlichkeit ist, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Das ist einstimmig.

**Die Dringlichkeit des Antrages von GR<sup>in</sup> Ussner wurde einstimmig angenommen.**

**Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio**

Dann geht es um den Inhalt. Wer möchte zum Inhalt das Wort? Gemeinderat Haberler, bitte.

**Gemeinderat Dipl.-Betriebswirt Haberler, MBA:**

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Das Feinstaub-Thema ist für uns ein irrsinnig wichtiges Thema, weil es in Wirklichkeit einen jeden von uns betrifft. Und ich möchte aber auf dem Punkt sagen, dass das hier irgendwo Peanuts sind, wenn wir von 50 Autos reden, die irgendwo ihren Motor laufen lassen. Da gehe ich hin und klopfe an die Tür und sage: Bitte stellt den Motor ab. Und das kommt natürlich auch da herein. Und auf der anderen Seite fahren da das 10.000-Fache, was wir hier gestern erlebt haben, was an parkenden Autos quer durch die ganze Stadt, Kärntner Straße bis rauf Richtung Norden, so viel Dreck raushaut, das machen die parkenden Autos vor den Schulen, original, das kommt ja gar nicht ins Gewicht.

Und da muss ich auch ein bisschen, oder ziemlich radikal, unsere Verkehrsstadträtin in die Hand nehmen. Ich bin Familienvater...

*Unverständliche Zwischenrufe*

**Gemeinderat Dipl.-Betriebswirt Haberler, MBA:**

Nein.

*Unverständliche Zwischenrufe*

**Gemeinderat Dipl.-Betriebswirt Haberler, MBA:**

Nein. Ich bin Familienvater und ich habe zwei, momentan zwei kranke Kinder zu Hause. Eins mit drei Monaten und eines mit eineinhalb Jahren. Und wenn das kleine Kind mit 3 Monaten Schnappatmung hat und ich im Stau stehe und nicht ins Spital komme, ich sage Ihnen, da geht es mir so schiach und ich verstehe das nicht, warum Sie hergehen und einen Parkscheinautomaten-Diskussion gestern anfangen oder Sie einfach das Problem lösen und hergehen und schauen, dass man da irgendwas macht, damit es schneller vonstatten geht. Sie sollten nicht hergehen und sich dort heraußen herstellen und darüber reden über die Mietzinsgeschichte, das ist eigentlich nicht mehr Ihr Thema, Ihr Thema ist der Verkehr. Und um das haben Sie sich zu kümmern, für das bekommen Sie bezahlt. (*Applaus*)

**E.5.1) Abänderungsantrag von GR Dipl.-Betriebswirt Haberler, MBA zum dringlichen Antrag „Maßnahmen gegen Luftbelastung durch laufende Motoren bei haltenden/parkenden Autos“**

Und es ist mir sehr wichtig und deswegen stelle ich einen Abänderungsantrag seitens der ÖVP: Die zuständige Verkehrsstadträtin Elke Kahr wird aufgefordert, mit der ASFINAG, den zuständigen Stellen des Landes Steiermark und des Magistrates Graz sowie unter Einbeziehung der Einsatzorganisationen unverzüglich Gespräche mit dem Ziel aufzunehmen, einen Notfallplan für die Stadt Graz zu erarbeiten, in welchem die besonderen Umbauarbeiten im Plabutschtunnel auch dazu genützt werden, die beiden Tunnelröhren für die Errichtung von Gegenverkehrsbereichen zu adaptieren. Darüber hinaus fordern wir die Verkehrsstadträtin auf, gemeinsam mit der Verkehrsplanung und Exekutive einen städtischen Plan für den Verkehrsfluss im Großraum Graz auszuarbeiten und dem Gemeinderat im März 2018 vorzulegen. Bitte um Zustimmung. (*Applaus*)

*Gemeinderat Dipl.-Betriebswirt Haberler, MBA, stellt namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den Abänderungsantrag: Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen: Die zuständige Verkehrsstadträtin Elke Kahr wird aufgefordert, mit der ASFINAG, den zuständigen Stellen des Landes Steiermark und des Magistrates Graz sowie unter Einbeziehung der Einsatzorganisationen unverzüglich Gespräche mit dem Ziel aufzunehmen, einen Notfallplan für die Stadt Graz zu erarbeiten, in welchem die bevorstehenden Umbauarbeiten im Plabutschtunnel auch dazu genützt werden, die beiden Tunnelröhren für die Einrichtung von Gegenverkehrsbereichen zu adaptieren. Darüber hinaus fordern wir die Verkehrsstadträtin auf, gemeinsam mit der Verkehrsplanung und der Exekutive einen städtischen Plan für den Verkehrsfluss im Großraum Graz auszuarbeiten und dem Gemeinderat im März 2018 vorzulegen.*

**Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio**

Danke. Zu Wort gemeldet hat sich Frau Stadträtin Kahr.

**Stadträtin Kahr:**

Ja, liebe Gemeinderätin Ussner, liebe Tamara! Gleich vorweg, wir werden nicht nur der Dringlichkeit, sondern auch dem Inhalt des Antrages zustimmen. Weil nicht nur im Motivenbericht die Problematik richtig dargestellt worden ist mit den laufenden Motoren, sondern auch durchaus Möglichkeiten gegeben sind, sozusagen hier bewusstseinsmäßig wieder an die Autofahrer und Autofahrerinnen zu appellieren. Ich sehe es ähnlich wie du, dass es nicht per se, sozusagen, bewusst bei jedem angekommen ist, dass sozusagen das mit Konsequenzen, sondern auch mit Strafen, hier erfolgen. Sondern, dass es manche wirklich auch aus Unbedachtsamkeit machen, und Tatsache ist aber auch, es ist nicht erlaubt. Das ist eindeutig und hat natürlich auch Konsequenzen in straflicher Hinsicht, dies eindeutig aber natürlich die Polizei durchzuführen hat.

Bezüglich einer Bewusstseins-Kampagne, nehme ich den total gerne auf, kann aber, das muss ich dir jetzt aber ehrlicherweise sagen, weil die Kollegen und Kolleginnen der Verkehrsplanung sehr viel zu tun haben, und ich nie jemand war als Stadträtin, die sozusagen mit Termin-Fristsetzung sozusagen meinen Kollegen sagt, das muss so sein. Wir werden uns bemühen, vielleicht haben wir bis dahin einen Vorschlag einer Kampagne. Aber ich kann das nicht garantieren. Das wäre unseriös. Zum zweiten Punkt muss ich sagen, bin ich eigentlich politisch nicht zuständig. Das ist mein Kollege Vize-Bürgermeister Eustacchio.

Ich habe mir aber erlaubt, unabhängig davon, weil natürlich durchs Parkgebührenreferate wir sehr oft mit der GPS zusammenarbeiten, ich habe mit dem Leiter der GPS schon gesprochen und er kann sich dies durchaus vorstellen sozusagen, dass die Kollegen und Kolleginnen im Rahmen ihrer Dienstzeit, das muss man immer auch wissen, sie können natürlich [...*unverständlich*], hier zu laufenden Motoren kommt das nicht, aber im Laufe ihrer Dienstzeit das durchaus mitaufnehmen. Würde ich aber auch gerne mit dem Vize-Bürgermeister Eustacchio, trotzdem braucht es auch da seine Zustimmung. Das muss man jetzt schon sagen. Weil zuständig ist er.

Zum Abänderungsantrag von Gemeinderat Haberler. Da möchte ich an eines appellieren. Ich bin jetzt 56 Jahre alt und ich bin hier in der Stadtregierung jene Stadträtin, die am längsten hier im Haus ist, auch als Gemeinderätin. Und trotz unterschiedlicher Ansichten muss ich Ihnen eines wirklich sagen: Ich habe mir nie erlaubt, gegenüber einem anderen Gemeinderat oder gegenüber einem anderen Stadtrat in so einer Tonart, wie Sie, jetzt nicht nur im Ausschuss, sondern auch hier jetzt wieder reden. Das ist Ihnen unbenommen, aber ich muss Ihnen sagen, Sie könnten mein Bub sein und so mit jemandem zu reden, das ist, entbehrt jeder Kritik. (*Applaus*)

Es würde Ihnen als jemand, der sehr kurz hier im Haus ist, gut geziemen, wenn Sie sich ein bisschen mit der Sache beschäftigen. Aber ich will jetzt gar nicht mehr weiter ausholen, aber nachdem Sie mir hier so kommen, habe ich das müssen auch sagen. Aber ich lade Sie gerne einmal zu mir ein und ich glaube, dass wir beide einmal müssen auch, zwischenmenschlich einmal, einen normalen Ton finden. Zum Punkt eins muss ich Ihnen sagen...

**Ordnungsruf seitens Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:**

Elke, die Zeit ist eine halbe Minute schon drüber.

**Stadträtin Kahr:**

Ja, aber du hast heute auch dem Stadtrat Riegler erlaubt, eine zweite Wortmeldung zu machen, obwohl die ÖVP nur eine zur Dringlichkeit sagen darf.

**Ordnungsruf seitens Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:**

Bitte, komm zum Thema, dann sind wir schnell vorüber.

**Stadträtin Kahr:**

Hey, du hast mich unterbrochen.

**Ordnungsruf seitens Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:**

Weilst drüber bist.

*Allgemeines Gelächter und Applaus*

**Stadträtin Kahr:**

Auf jeden Fall, ich kann es kurz machen, dem Abänderungsantrag können wir deshalb nicht zustimmen, weil der Punkt eins, ich tue jetzt diese beiden Absätze in zwei Teile teilen, der ist gerade in der Umsetzung. Ich bitte dich vielleicht, dass du auch mit dem Amtsleiter des Straßenamtes DI Fischer redest. Also, die Tunnelröhren, für die Einrichtung von Gegenverkehrsbereichen ist gerade in der Umsetzung. Insofern ist dieser Punkt abgehakt und erledigt. Unter Punkt zwei, dem kann man nicht zustimmen, weil das könnten wir nur dann machen, wenn der Stadtrat Riegler uns mehr finanzielle Mittel gibt und auch mehr Personal. Danke. (*Applaus*)

**Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:**

Gibt es weitere Wortmeldungen? Frau Gemeinderätin Marak-Fischer.

**Gemeinderätin Mag. Marak-Fischer:**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Sehr geehrte Zuhörer und Zuhörerinnen! Liebe Gemeinderätin Tamara Ussner! Vielen Dank für den Antrag. Ich glaube, dass dies ein wirklich sehr guter Antrag ist. Das Problem Feinstaub und NO<sub>x</sub> ist ein Thema, dass die Gesundheit der Menschen beeinträchtigt. Und wie wir in allen Lebensqualitäts-Studien und -Befragungen der letzten Zeit auch gehört haben, ist es das Thema, was die Bevölkerung auch tatsächlich kritisiert und wo die Lebensqualität und die Zufriedenheit in unserer Stadt leider ein Stück weit gesenkt wird, die wohl gerade in so vielen Dingen so hervorragend organisiert ist und eine so tolle Stadt ist. Aber, das ist immer eines der Themen, wo es tatsächlich noch vieles zu tun gibt.

Deswegen diskutieren wir hier in diesem Saal gefühlte 20 Jahre in Wirklichkeit, aber auch schon über zehn Jahre und ich selbst seit fünf Jahren über das Thema. Und hier speziell, wir wissen, Feinstaub hat mehrere Ursachen. Der motorisierte Individualverkehr ist aber einer der großen beitragsleistenden Faktoren und wir haben hier ja vor etwa eineinhalb Jahren auch eine Arbeitsgruppe aus Stadt und Landvertretern damit beauftragt, Modelle auszuarbeiten. Ergebnisse werden leider erst zu Beginn des nächsten Jahres erwartet. Das heißt, wir haben das noch nicht und zu Recht, und das finde ich sehr gut von der Frau Gemeinderätin Ussner, müssen wir daher an allen möglichen Schrauben drehen, die uns zur Verfügung stehen, um die Emissionen aus dem motorisierten Individualverkehr zu reduzieren.

Der hier vorliegende Antrag, vor allem auch das Thema Bewusstseinsbildung, ist, glaube ich, etwas Wichtiges und wird ja auch gerne aufgenommen, wie ich gehört habe von der zuständigen Stadträtin. Das finde ich gut, dass man sich anschaut, ob das Parkraum-Service hier auch die Kontrolle übernehmen kann, ist gut. Wobei man natürlich hier mit einer bestimmten Sensibilität auch, glaube ich, vorgehen muss, um das Grazer Parkraum-Service auch nicht mit zu vielen Aufgaben zu überlasten. Aber ich denke, an sich das Thema mal anzuschauen und durchzudiskutieren, kann auf jeden Fall nicht schaden.

Zu dem Abänderungsantrag, Kollege Haberler, kann ich nur sagen: Ganz abgesehen von der Tonart und der Art und Weise, die auch uns sehr gestört hat, wie du mit der Frau Stadträtin hier gesprochen hast, kann ich nur sagen, inhaltlich ist das kein Abänderungsantrag, sondern allerhöchstens ein Ablenkungsantrag. (*Applaus*)

Denn inhaltlich gibt es wirklich nur sehr wenig Verbindungen zu dem dringlichen Antrag der Kollegin Ussner und daraus überhaupt diesen Konnex zu finden, ist zwar vielleicht durchaus ein Zeugnis guter Fantasie, aber ein gelungener Abänderungsantrag ist es ganz sicher nicht. Wir werden ihm selbstverständlich auch nicht zustimmen und, Kollege Haberler, ich hätte mir so eine Kreativität wie jetzt beim Finden dieses Ablenkungsantrages gewünscht bei den Diskussionen, als es darum ging, Maßnahmen zur Feinstaubreduzierung in den diversen Umweltausschüssen an den Tag zu legen. Deswegen natürlich nein von unserer Seite zu diesem Antrag. Danke. (*Applaus*)

**Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:**

Klubobmann Sippel zur Geschäftsordnung.

**Gemeinderat Klubobmann Mag. Sippel:**

Also, ich hätte wirklich eine Bitte an alle, die jetzt, auch in der letzten Sitzung war das so, heute ist es wieder zu bemerken, wieder versuchen, ja auch die Redezeit auszureizen, dass man wieder einmal vielleicht einen Blick in die Geschäftsordnung wirft. Wir haben uns die ja gemeinsam gegeben und versucht, das auch einzuhalten. Die Redezeit, es gibt ja eh ein bisschen Kulanz, dass man da vielleicht ein paar Sekunden drüberreden kann. Aber es war sehr, sehr auffällig und es hat dann auch Misstimmung gegeben nach der letzten Sitzung. Wo dann von den Klubobleuten von der KPÖ und Grünen sozusagen ein bisschen auch eine Beschwerde auch da war über die Vorsitzführung.

*Unverständliche Zwischenrufe*

**Gemeinderat Klubobmann Mag. Sippel:**

Ja, aber ihr habt es mokiert und es kommt gar nicht dazu, wenn man sich auch an das haltet, was in der Geschäftsordnung vorgesehen ist, ich glaube, das sind wir diesem Haus auch schuldig.

*Unverständliche Zwischenrufe*

**Gemeinderat Klubobmann Mag. Sippel:**

Aber man merkt, dass da so auch provokant, und der Spezialist Karl Dreisiebner zum Beispiel ist ja da auch immer wieder im Rennen. Man merkt, dass das durchaus ausgereift ist. Also die Bitte einfach da noch einmal nachzulesen, wie wir das geregelt haben vor einigen Jahren. Weil ich kann mich erinnern, vor ein paar Jahren haben wir das ja noch nicht gehabt. Da haben die Sitzungen auch entsprechend gedauert. Aber, ich glaube, es wäre uns allen gut anstehend, wenn wir uns wieder ein bisschen an das halten, was in der Geschäftsordnung steht. (*Applaus*)

**Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:**

Gemeinderat Haberler.

**Gemeinderat Dipl.-Betriebswirt Haberler, MBA:**

Ich möchte nur ganz kurz auf die Kreativität im Ausschuss kommen. Beim letzten Ausschuss, das ist unter Punkt 26., den wir heute beschlossen haben, da ist die Frau Marak-Fischer. Es gibt immer in den Ausschüssen, zur Erklärung für die Zuhörer auf der Galerie, einen Abgeordneten oder eine Gemeinderätin der SPÖ. Formal Fischer hat die erste halbe Stunde gefehlt und jetzt redet sie so, weil sie die letzten 15 Minuten anwesend war, als ob ich nichts gesagt hätte. Einfach beim Ausschuss anwesend sein und dann weißt du auch, worum es geht.

*Unverständlicher Zwischenruf*

**Gemeinderat Dipl.-Betriebswirt Haberler, MBA:**

Also, anscheinend ist es dir nicht wichtig, was wir reden über Grazer Umweltförderungen zur Emissions- und Feinstaubreduktion, Förderrichtlinien 2018-2020. (*Applaus*)

*Unverständliche Zwischenrufe*

**Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:**

Meine Damen und Herren! Wir konzentrieren uns wieder auf das ursprüngliche Thema. Gibt es dazu noch Wortmeldungen? Dann darf ich die Antragstellerin zu ihrem Schlusswort bitten.

**Gemeinderätin Ussner:**

Also zuerst einmal vielen Dank für die positiven Wortmeldungen und vielen Dank, Elke, dass du das sowieso aufgreifen möchtest. Lieber Kollege Haberler! Also, ich finde das immer spannend die Angaben, also keine 50 Autos und 10.000-mal so viel ist beim Plabutschunnel produziert worden an Feinstaub. Ich würde es sehr begrüßen, wenn Sie es schaffen würden, sich auf Fakten zu beziehen oder diese dann auch belegen können in diesem Gremium. Und nicht über subjektive Befindlichkeiten sprechen. Zum Zusatzantrag. Gestern haben wir ja eh im Verkehrsausschuss schon gesehen, wie sehr Sie das Thema mit dem Plabutsch mitnimmt. Trotzdem hat es inhaltlich genau nichts mit meinem Antrag zu tun. Und um das Missverständnis zum zweiten Absatz aufzuklären. Es geht um den ruhenden Verkehr. Der hat auch relativ wenig mit Verkehrsfluss zu tun. Und weil wir gerade bei Missverständnissen sind, Herr Kollege Sippel, es ist darum gegangen, dass die Einhaltung der Zeit entweder wirklich so durchgeführt wird oder dass Überschreitungen fair behandelt werden. Das ist der Punkt gewesen.

*Unverständliche Zwischenrufe*

**Gemeinderätin Ussner:**

Gut. Sie hätten auch, Herr Kollege Haberler, einen eigenen Antrag stellen können, weil von der ÖVP war ja heute kein dringlicher Antrag. Das hätte, glaube ich, besser gepasst als einen Abänderungsantrag zu meinem. Aber, jetzt einmal Spaß beiseite. Es geht hier um eine wirklich einfache, effiziente Maßnahme, wenn der Grazer Parkraumservice diese Kontrollen auch durchführen würde. Und da geht es darum, die Jüngsten in unserer Gesellschaft zu schützen. Und das sind die Kinder, und einfach bewusstseinsbildende Maßnahmen vor Kindergärten und Volksschulen durchzuführen. Und dass dazu diskutiert wird und ein Abänderungsantrag eingebracht wird und das von der ÖVP, von der Familienpartei, auch akzeptiert wird, finde ich schon ein bisschen bedenklich, muss ich ehrlich sagen. Ja. Gibt es noch was? Nein, eigentlich nicht. Danke. *(Applaus)*

**Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:**

Dankeschön. Meine Damen und Herren! Wir kommen als Erstes zur Abstimmung über den Abänderungsantrag. Wer für diesen Abänderungsantrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit Hand. Wir machen sicherheitshalber eine Gegenprobe, damit das nicht im Raum steht. Der Abänderungsantrag ist angenommen und somit der dringliche abgelehnt.

**Der Abänderungsantrag von GR Dipl.-Betriebswirt Haberler, MBA, wurde mehrheitlich, gegen die Stimmen von KPÖ, Grüne, SPÖ, Neos, angenommen.**

**Der dringliche Antrag von GR Ussner wurde abgelehnt.**

**Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:**

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt, sprich zum nächsten Dringlichen. Ich darf Frau Gemeinderätin Robosch herausbitten.

## **E.6) Frauentaxis (GR<sup>in</sup> Robosch, SPÖ)**

### **Gemeinderätin Robosch:**

Ja, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Werter Herr Vizebürgermeister! Jedes Jahr im November erinnern wir uns daran, dass die 16 Tage gegen Gewalt an Frauen wieder anstehen und dass sich die Gewaltstatistik leider auch 2017 keinen Deut gebessert hat. Eigentlich fast im Gegenteil. Immer noch jede fünfte Frau ist von Gewalt betroffen. Fast 40 % der Frauen erleben mindestens einmal in ihrem Leben Gewalt. Und durch Reformen im Straf- und Verwaltungsgesetzbuch steigen sogar die Anzeigen. Und seit der zweiten Frauenbewegung diskutieren wir über Gewalträume. Und heute wissen wir, dass Gewalträume im Privaten stattfinden, dass Gewalträume in privaten Beziehungen, in der Familie stattfinden. Aber auch im öffentlichen Raum. Auch in unseren Straßen, in den Straßen von Graz, gibt es tagtäglich Übergriffe. Und nicht zuletzt durch die Social-Media-Debatte, um #metoo, ist es uns immer bewusster, dass diese sexuellen Belästigungen, diese Herren-Witze, diese Übergriffe von Vorgesetzten, von Menschen in unserer Umgebung, aber auch von Wildfremden tagtäglich passieren.

Und bei dieser Diskussion geht es nicht darum, dass irgendwelche Politiker zurücktreten, es geht auch nicht darum, dass irgendwelche B-Promis ihren Kommentar dazu abgeben. Es geht eigentlich darum, dass es heute hier in Graz jedem bewusst wird oder fast jedem bewusst wird, dass diese Übergriffe tagtäglich passieren und es gibt natürlich eine Polarisierung zu diesem Thema. Aber ich glaube auch, dass wir als Stadt Graz eine Verantwortung jetzt zeigen müssen, mit diesen Dingen umzugehen. Und Rahmenbedingungen schaffen, die es eben vor allem Frauen ermöglichen, uneingeschränkt die Nutzung des öffentlichen Raumes wahrzunehmen. Andere Städte gehen uns da in verschiedenen Services voraus. Es gibt in Innsbruck ein Frauen-Nacht-taxi, das von einem Fixpreis von € 4,90 von Frauen für Frauen betrieben wird und die Frauen sicher und selbstbestimmt nach Hause bringen.

Aber auch im Sinne vor allem der jüngeren Bevölkerung und der Bevölkerung, die lieber ein Jahresticket benutzt und keine vier Euro in ein Taxi investiert, wäre es sehr, sehr wichtig, das man auch hier die Nacht-Busse für zum Beispiel arbeitende Frauen ausbaut. Es kommt immer wieder das Argument, ja, wenn man feiern kann, kann man sich auch ein Taxi leisten. Es gibt auch Leute, die arbeiten sehr, sehr lange in der Nacht. Wie sollen diese Frauen dann vom Arbeitsplatz nach Hause kommen sicher? Hier braucht es gescheite Nacht-Busse und ausgebaute Nacht-Busse. Und daher stelle ich im Namen der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den Antrag, Stadträtin Tina Wirnsberger mögen prüfen, ob von Seiten der Stadt Graz ein Frauen-Nachttaxi-Service, vor allem in den Nachtstunden, analog zum Modell in Innsbruck eingerichtet werden kann. Dem Gemeinderat ist bis März 2018 ein Bericht vorzulegen. Und: Die Stadträtin Elke Kahr möge Vorschläge ausarbeiten, inwieweit die Nachtbusse im Sinne der Sicherheit für Grazerinnen und Grazer ausgeweitet werden können. Dem Gemeinderat ist auch bis März 2018 ein Bericht vorzulegen. (Applaus)

*Gemeinderätin Robosch stellt im Namen der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den **dringlichen Antrag**: Stadträtin Tina Wirnsberger mögen prüfen, ob von Seiten der Stadt Graz ein Frauentaxi-Service, vor allem in den Nachtstunden, analog zu dem Modell in Innsbruck eingerichtet werden kann. Dem Gemeinderat ist bis März 2018 ein Bericht vorzulegen. Stadträtin Elke Kahr möge Vorschläge ausarbeiten, inwieweit die Grazer Nachtbusse im Sinne der Sicherheit für die Grazerinnen und Grazer ausgeweitet werden können. Dem Gemeinderat ist bis März 2018 ein Bericht vorzulegen.*

**Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustachio:**

Frau Gemeinderätin Mag. Taberhofer, bitte.

**Gemeinderätin Mag.<sup>a</sup> Taberhofer:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister-Stellvertreterin! Liebe Antragstellerin! Liebe Kollegen und Kolleginnen!

*Unverständliche Zwischenrufe, allgemeines Gelächter*

**Gemeinderätin Mag.<sup>a</sup> Taberhofer:**

Als KPÖ-Gemeinderatsklub...

*Unverständliche Zwischenrufe*

**Gemeinderätin Mag.<sup>a</sup> Taberhofer:**

Genau. Wollte ich nur besonders hervorstreichen, dass wir sowohl der Dringlichkeit als auch dem Inhalt zustimmen werden und die Kollegin Robosch hat vor allem also die jüngeren Frauen angesprochen und dass Gewalt und sexualisierte Gewalt natürlich aber alle Frauen treffen kann, auch im älteren Alter, möchte ich noch einmal hervorstreichen, weil, wenn man sich anschaut, dass ältere Frauen manchmal aus Sorge, am Abend, in den Nachtstunden oder so nicht mehr sicher nach Hause kommen zu können, glaube ich, dass also die Umsetzung eines Frauentaxis ein ganz, ganz wichtiger Punkt ist. Weil einerseits das eine zur Steigerung der Mobilität älterer Frauen beiträgt. Es trägt auch dazu bei zur Hebung des subjektiven Sicherheitsempfindens und führt zu einer Verbesserung der öffentlichen Teilhabe. Das ist einmal so ein kleiner inhaltlicher Aspekt. Was ich aber besonders hervorstreichen möchte, ist, dass diese Erfahrungswerte direkt in Graz ja schon erhoben werden haben können. Weil es ist so, das Frauentaxi in Graz, Graz war die erste Stadt prinzipiell, die Frauentaxis umgesetzt haben, und zwar war das schon 1994 unter der SPÖ-Stadträtin Helga Konrad. Die hat das eingeführt und interessanterweise, und das muss man besonders auch irgendwie hervorstreichen, ist es leider 2013 unter der SPÖ-Stadträtin Martina Schröck wieder abgeschafft worden.

Das heißt, Innsbruck gilt jetzt als das Phänomen in der Umsetzung dessen, die berufen sich im Grund genommen, aber auch auf Graz als ersten Standort und auf die Erfahrungen und ja, also für mich ist absolut wünschenswert, dass das wieder umgesetzt wird und deshalb werden wir dem sehr gerne zustimmen. Danke. (*Applaus*)

**Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:**

Frau Gemeinderätin Schönbacher, bitte.

**Gemeinderätin Schönbacher:**

Das Thema Sicherheit ist uns natürlich auch wichtig. Und das kann man nicht oft genug betonen. Und der erste Schritt war sicher einmal die Einführung des Heimweg-Telefons, das nicht kann ich leider auch nicht oft genug betonen und auch bewerben. Und ich würde einmal sagen, der nächste Schritt ist eben dieser Antrag heute, dem wir auch zustimmen werden und ich bedanke mich auch dafür. Ich gehe davon aus, dass die SPÖ eine Erhebung, dass da eine Erhebung zugrunde liegt, und zwar zum Thema Übergriffe auf Jugendliche, auf Frauen, auf Männer, aber auch auf Senioren. Weil das wäre schon wichtig, dass da auch wirklich dann auch niemand benachteiligt wird. Ich habe vor einem Jahr zu diesem Thema mit einem Vertreter der Landesinnung der Personentransporte gesprochen und dieses Thema im Speziellen einmal angesprochen und er hat eben gemeint, es gibt einige Taxifahrerinnen, die nur in der Nacht fahren. Die sind auch sehr ausgebucht, weil sie sehr gefragt sind, weil es einfach immer mehr Fahrgäste gibt oder eben weibliche Fahrgäste gibt, die einfach Ängste haben, weil sie sich schlecht verständigen können, weil manche Taxifahrer kein Nein akzeptieren können, und deshalb werden die eben sehr stark vorgebucht, aber leider gibt es nicht genug Taxifahrerinnen und dieser Vertreter hat mir auch gesagt, es ist schwierig, das zu bewerben bei den Frauen, weil du als Nachtfahrerin ja auch einer gewissen Gefahr ausgesetzt bist. Und das muss man natürlich auch bedenken.

Deshalb bitte ich die Stadträtin Tina Wirnsberger, dass sie in ihrer Prüfung auch die Landesinnung der Personentransporte kontaktiert und auch dieses Thema dann noch einmal abspricht, damit das Ganze dann auch abgerundet ist. Danke. (*Applaus*)

**Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:**

Gibt es weitere Wortmeldungen? Frau Gemeinderätin Hopper.

**Gemeinderätin Hopper:**

Ja, sehr geehrter Bürgermeister-Stellvertreter! Sehr geehrte Staatsregierung! Liebe Kolleginnen und Kollegen und liebe Gäste! Kürzlich hat es in der Kleinen Zeitung, gestern, glaube ich, das dort zitierte Online-Immobilienportal home.de auch eine Studie veröffentlicht, in der diverse Faktoren analysiert werden, die für Lebensqualität einfach bezeichnend sind. Unter anderem eben auch den Faktor der Sicherheit, wo wir als Stadt Graz mit 9,36 Punkten aus zehn gar nicht so schlecht abschneiden. Aber wie man schon hört, ist das eine einheitliche Meinung, die überall auf Einigkeit stößt. Auch, dass wir hier weiter dranbleiben müssen, damit wir irgendwann einmal auch sehen, wie sind die zehn Punkte erreichen, die man in dieser Studie auch für Sicherheit bekommen kann.

Das gilt selbstredend nicht nur, aber vor allem auch, für die Sicherheit von Frauen und jungen Grazerinnen und Grazern, weshalb wir als Gemeinderatsclub der ÖVP diesem Antrag sehr, sehr gerne zustimmen, Anna. Wir werden sowohl der Dringlichkeit, und ich darf auch vorwegnehmen, als auch dem Antrag, bestehend aus den beiden Aufträgen an unsere beiden Stadträtinnen, sehr gerne zustimmen. (*Applaus*)

**Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:**

Gibt es weitere Wortmeldungen? Frau Stadträtin Wirnsberger, bitte.

**Stadträtin Wirnsberger:**

Ja. Werte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gemeinderätin Robosch, liebe Anna! Vielen Dank für deinen Antrag und auch vielen Dank für diese Diskussion hier. Ich werde die gängigen Modelle in anderen Städten sehr gerne prüfen und natürlich mir auch genau diese Grundlage anschauen, wie das mit dem ersten Frauen-Taxi, das es eben gab hier in Graz, damals gelaufen ist. Ich kann aber schon jetzt vorausschicken, dass die Umsetzung mit dem vorhergesehenen oder vorgesehenen Budget im Frauen-Resort 2018 leider nicht möglich ist, aber vielleicht gibt es dazu ja noch Spielraum in der Blackbox des Finanzstadtrates, der telefoniert leider gerade. Und auch die Koalition hatte in ihrer Agenda 22 festgeschrieben, dass sie Taxifahrten stützen möchte und da denke ich, dass dieses Projekt Frauen-Taxi sehr gut in dieses Vorhaben zu integrieren wäre. Ich freue mich, dass hier Einigkeit darüber herrscht, was für ein wichtiges Thema Sicherheit für Frauen ist.

*Unverständliche Zwischenrufe*

**Stadträtin Wirnsberger:**

Es ist auch mir ein großes Anliegen. Ich durfte eh auch schon einige Schritte und Maßnahmen dazu vorstellen. Besonders wichtig finde ich hier den Bereich der Sensibilisierung und so wird es aber ab 25. November, also mit Beginn der „16 Tage gegen Gewalt“ an Frauen, dieser weltweiten Aktion, erstmals auch eine größere und breitenwirksame öffentliche Kampagne der Stadt, durchgeführt durch das Referat Frauen und Gleichstellung, geben und eine Kooperation nicht nur mit den Einrichtungen, die ja immer wieder Veranstaltungen machen, sondern auch mit UN Women. Denn eines möchte ich hier einmal ganz deutlich sagen. Es ist völlig klar, dass alle Maßnahmen, die wir setzen, wie etwa ein Frauentaxi, nur so lange ein Tropfen auf dem heißen Stein sein werden und Symptombekämpfung sein werden, solange Sexismus, sexueller Belästigung und sexualisierter Gewalt nicht der Nährboden entzogen wird. Und da geht es um eine ganz grundsätzliche Haltung.

Niemand hat das Recht, eine Frau zu bedrängen, weder verbal noch körperlich, zu keiner Zeit und an keinem Ort. Nicht im privaten Bereich, nicht am Arbeitsplatz und nicht im öffentlichen Raum. Und wenn wir immer noch diskutieren müssen, wo ein Kompliment aufhört und wo Belästigung anfängt. Wenn öffentlich im Fokus steht, ob die Betroffenen sich falsch verhalten haben und nicht die Täter. Wenn überhaupt noch zur Debatte steht, dass ein und dieselbe Bemerkung einen großen Unterschied macht, wenn sie ein Vorgesetzter gegenüber einer Mitarbeiterin äußert oder jemand in einem einvernehmlichen Flirt auf Augenhöhe. Wenn Frauen nach wie vor vorgeworfen wird, sie hätten eine Belästigung durch ihr Äußeres oder ihr Verhalten provoziert, dann ist völlig klar, vor uns liegt noch ein gewaltiges Stück Arbeit. Und jeder und jede in diesem Raum mit politischer Verantwortung, und da spreche ich jeden und jede Einzelne hier an, hat dafür Sorge zu tragen, dass in unserer Gesellschaft unbestrittener Konsens darüber herrscht, dass Sexismus, sexuelle Belästigung und sexualisierte Gewalt in keiner Form zu tolerieren sind.

In diesem Sinne werden wir der Dringlichkeit und auch dem Inhalt deines Antrages sehr gerne zustimmen und meine Kollegin Manuela Wutte wird noch einen Zusatzantrag einbringen, in dem sich der Gemeinderat zur Null-Toleranz gegenüber Sexismus, sexueller Belästigungen und sexualisierter Gewalt bekennt und die aktive Beteiligung in allen Ressorts zur Prävention, Aufklärung und Hilfestellung zusagt. Die erste Gelegenheit dazu bietet sich im Rahmen der angekündigten Kampagne. Ich gebe euch da gerne noch weitere Informationen dazu. Und sollte...

**Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:**

Bitte zum Ende kommen.

**Stadträtin Wirnsberger:**

Ein letzter Satz noch. Und sollte...

**Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:**

Sie sind eine Minute schon drüber.

**Stadträtin Wirnsberger:**

Und sollte noch Unklarheit darüber herrschen, was Gewalt-Prävention bedeutet, wir haben eine Informationsbroschüre mit dem Land Steiermark neu aufgelegt. Ich habe sie dort drüben. Das ist eine Information für Frauen und Männer und ich lade Sie sehr herzlich ein, sie selbst mitzunehmen. Aber auch in Ihren Wirkungsbereichen... (*Applaus*)

**Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:**

Frau Kollegin, danke.

**Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:**

Gibt es zu Dringlichkeit jetzt noch eine Wortmeldung? Wollen Sie das Schlusswort zur Dringlichkeit? Sie warten. Dann bringe ich die Dringlichkeit zur Abstimmung. Wer dafür ist, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Das ist einstimmig.

**Die Dringlichkeit des Antrages von GR<sup>in</sup> Robosch wurde einstimmig angenommen.**

**Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:**

Dann kommen wir zum Inhalt. Wer möchte hierbei das Wort? Frau Gemeinderätin, bittesehr, Wutte.

***Vorsitzwechsel – Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (16.35 Uhr).***

**Bürgermeister Mag. Nagl:**

Danke. Ich übernehme wieder den Vorsitz.

**E.6.1) Zusatzantrag von GR<sup>in</sup> Wutte, MA, zum dringlichen Antrag Frauentaxis**

**Gemeinderätin Wutte, MA:**

Ja, ganz wie Tina Wirnsberger ja schon ausgeführt hat, uns ist es wichtig, Sexismus, sexuelle Belästigung und sexualisierte Gewalt als gesamtgesellschaftliche Probleme zu sehen und anzuerkennen. Und das bedeutet eben auch, dass wir alle und alle Stadtregierungsmitglieder in all ihren Ressorts sich auch für das Thema zuständig fühlen. Deswegen bringe ich den folgenden Zusatzantrag ein: Der Gemeinderat möge weiters beschließen: Der Gemeinderat bekennt sich zu null Toleranz gegenüber jeder Form von Sexismus, sexueller Belästigung und sexualisierter Gewalt. Diese sind ein gesamtgesellschaftliches Problem, das über fachliche und parteipolitische Grenzen hinweg sichtbar gemacht, aufgearbeitet und bekämpft werden muss. Die Mitglieder der Stadtregierung werden beauftragt, innerhalb ihrer Zuständigkeitsbereiche Prävention, Aufklärung und Hilfestellung zu Sexismus, sexueller Belästigung und sexualisierter Gewalt aktiv zu fördern und zu unterstützen. Außerdem werden die Mitglieder der Stadtregierung und des Gemeinderates ersucht, sich aktiv an der Kampagne der Stadt Graz zur Aktion „16 Tage gegen Gewalt“ vom 25.11. bis zum 10.12. zu beteiligen. Danke. (Applaus)

*Gemeinderätin Wutte, MA, stellt folgenden Zusatzantrag: Der Gemeinderat möge weiters beschließen: Der Gemeinderat bekennt sich zu null Toleranz gegenüber jeder Form von Sexismus, sexueller Belästigung und sexualisierter Gewalt. Diese sind ein gesamtgesellschaftliches Problem, das über fachliche und parteipolitische Grenzen hinweg sichtbar gemacht, aufgearbeitet und bekämpft werden muss. Die Mitglieder der Stadtregierung werden beauftragt, innerhalb ihrer Zuständigkeitsbereiche Prävention, Aufklärung und Hilfestellung zu Sexismus, sexueller Belästigung und sexualisierter Gewalt aktiv zu fördern und zu unterstützen. Die Mitglieder der Stadtregierung und des Gemeinderates werden ersucht, sich aktiv an der Kampagne der Stadt Graz zur Aktion „16 Tage gegen Gewalt“ vom 25.11.2017 bis zum 10.12.2017 zu beteiligen.*

**Bürgermeister Mag. Nagl:**

Gibt es weitere Wortmeldungen? Frau Gemeinderätin Schönbacher, bitte.

**Gemeinderätin Schönbacher:**

Auf der einen Seite, muss ich sagen, freut mich dieser Zusatzantrag direkt, weil in der vorletzten Gemeinderatssitzung habe ich in der Fragestunde der Frauenstadträtin Tina Wirnsberger eine Frage gestellt zum Thema gewaltsame Übergriffe gegen Frauen und ich habe leider von ihr keine Antwort genau zu diesem Thema bekommen. Jetzt war ich mir nicht sicher, nimmt sie das Thema ernst oder nicht. Scheinbar nehmen die Grünen das Thema doch ernst, wobei ich sagen muss, dieser Zusatzantrag hat mit dem eigentlichen Antrag gar nichts zu tun. Aber vielleicht entsteht die Ernsthaftigkeit aus einer anderen Sache heraus, nämlich aus Vorfällen aus den eigenen Reihen und vielleicht hat Peter Pilz doch etwas Gutes bewirkt. (*Applaus*)

*Unverständliche Zwischenrufe*

**Gemeinderätin Schönbacher:**

Wie gesagt, mit dem eigentlichen Antrag hat dieser Zusatzantrag nichts zu tun und deshalb lehnen wir ihn auch ab. (*Applaus*)

**Bürgermeister Mag. Nagl:**

Frau Clubobfrau Gmeinbauer bitte.

**Gemeinderätin Clubobfrau Gmeinbauer:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Liebe Stadtregierung! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich meiner Vorrednerin anschließen, hier sprechen wir von zwei verschiedenen Paar Schuhen, wie man so schön steirisch sagt. Wir würden uns gerne auf den grundsätzlichen Antrag konzentrieren, den wir auch gerne unterstützen und, liebe Frau Stadträtin, vielleicht denken Sie über ein eigenes Thema nach. Zu Ihrem Zusatzantrag, dem wir keine Zustimmung erteilen. Danke. (*Applaus*)

**Bürgermeister Mag. Nagl:**

Danke vielmals. Gibt es weitere Wortmeldungen? Wenn das nicht der Fall ist, dann darf ich um das Schlusswort bitten.

**Gemeinderätin Robosch:**

Freut mich natürlich, dass es so einen einstimmigen Konsens gibt, dass ein Frauen-Taxi wichtig wäre als Maßnahme, um Frauen zu schützen. Vor allem im öffentlichen Raum. Aber, es wundert mich schon, dass man auf der einen Seite sagt, es ist ein Problem, das gibt es, das gibt es gesellschaftlich bei uns und dann wird ein Zusatzantrag gestellt, der im Endeffekt sehr klar auch auf den Inhalt meines Antrags eingeht, und in meinem Antrag habe ich auch sehr klar beschrieben, dass es ein gesellschaftliches Problem ist, dass es kein Problem ist, von woher jemand kommt, dass es kein Problem ist, wie jemand sozialisiert ist oder welchen Bildungsstand er hat, sondern dass es ein Problem ist, dass Sexismus ein Flächenbrand ist und kein Einzelfall. Und in diesem Sinne kann ich nur darauf plädieren, dass man auch dem Zusatzantrag zustimmt, was eine Grundpositionierung auch der Stadt Graz bedeuten würde und dass man auch in dieser Debatte, wo es vor allem auch darum gegangen ist, dass Frauen an die Öffentlichkeit gehen und ihre Erlebnisse schildern und auch hier ihre Täter dafür verantwortlich machen, dort auch sagen, es ist nicht okay, dass das heute immer noch passiert.

Und ich glaube, ich wollte auch gar nicht auf Peter Pilz oder sonst irgendwelche aktuellen Debatten eingehen. Aber auf eine Debatte möchte ich schon eingehen. Und das ist, unserer Frauenstadträtin für die Schilderungen, die sie getätigt hat, meine Solidarität auszusprechen. Weil, das ist ganz klar, dass das ein Übergriff war und es ist ganz klar, dass da jetzt ein Machtmissbrauch war und dass es beim Flirten nicht um Macht geht, sondern dass es bei Missbrauch um Macht geht.

Und in diesem Sinne kann ich nur darauf plädieren, dass das nicht nur ein Service ist, sondern dass man das auch als Selbstverständnis in der Stadt Graz wahrnimmt, dass Sexismus ein Flächenbrand ist, dem wir entgegenzuwirken haben. (*Applaus*)

**Bürgermeister Mag. Nagl:**

Wir kommen zuerst zum dringlichen Antrag selbst. Wer dafür ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe. Ist einstimmig so beschlossen.

**Der dringliche Antrag von GR<sup>in</sup> Robosch wurde einstimmig angenommen.**

**Bürgermeister Mag. Nagl:**

Zusatzantrag der Grünen. Wer dafür ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe. Mehrheitlich abgelehnt.

**Der Zusatzantrag von GR<sup>in</sup> Wutte, MA, wurde mehrheitlich abgelehnt.**

**Bürgermeister Mag. Nagl:**

Wir kommen zum letzten dringlichen Antrag. Und ich darf Herrn Gemeinderat Nikolaus Swatek zum Rednerpult bitten.

**E.7) Verpflichtende Informationsbroschüre für direktdemokratische Elemente nach dem Steirischen Volksrechtegesetz in Graz (GR Swatek, BSc., Neos)**

**Gemeinderat Swatek, BSc.:**

Ja, liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! In den letzten Wochen kocht immer wieder medial das Thema direkte Demokratie auf. Ganz besonders geprägt auch durch die derzeitigen Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene und wer uns Neos kennt, der weiß, dass wir Bürger immer gerne mehr einbeziehen in politische Prozesse und dementsprechend unterstützen wir das auch. Aber wir sehen natürlich auch, dass es in den letzten Jahren auch Vorfälle gab, in denen direkte Demokratie zu Ergebnissen geführt hat, mit denen am Schluss die Personen, die daran teilgenommen haben, auch nicht zufrieden waren, da sie davor nicht die nötige Wissensgrundlage hatten, Entscheidungen zu treffen.

Und als Beispiel dafür möchte ich kurz den Brexit hernehmen. Weil nach dem Brexit sieht man in den Google-Trends, dass kurz danach sehr stark gegoogelt wurde, was ist die EU eigentlich? Beim Brexit ist auch versprochen worden von Brexit-Befürwortern, dass das Geld, das derzeit Großbritannien für die EU-Mitgliedsbeiträge zahlt etc., anschließend direkt in ihr Gesundheitssystem fließt. Direkt nach dem Brexit-Votum mussten die Brexit-Befürworter auch zugeben, dass das in der Form nicht so schnell möglich ist bzw. gar nicht möglich ist in dieser Form. Und da sieht man halt teilweise, dass, um gewisse Abstimmungen und Befragungen zu beeinflussen, es oft zu nicht wahrheitsgetreuer Verbreitung von Fakten kommt, aber auch oft einfach, wie man mittlerweile so schön sagt, Fake-News verbreitet werden. Und ich glaube, dass man dem sehr stark entgegenwirken kann. Ich glaube, dass es daher dringend notwendig ist, dass auch seitens des Staates wahrheitsgetreu Fakten allen Bürgern und Bürgerinnen zur Verfügung stehen, damit die vor einem Votum sich auch wirklich ein umfassendes Bild der Situation machen können. Und die Schweiz ist da auch schon seit 1977 ein Vorreiter.

Da ist es selbstverständlich, dass vor jeder Volksbefragung ein Abstimmungsbüchlein erarbeitet wird. Da stehen dann alle Zahlen und Fakten drin, die die Bürger brauchen, damit sie auch ganz klar ihre Entscheidung gewissenhaft treffen können und es wird in der Schweiz sogar an alle Haushalte geschickt. Und ich glaube, dass das, weil uns ja das steirische Volksrechtgesetz die Möglichkeit gibt, auf Gemeindeebene Volksbefragungen oder Volksabstimmungen zu inszenieren, durchaus auch von Vorteil wäre, hier eine Vorreiterrolle in Österreich einzunehmen und sowas Ähnliches wie das Abstimmungsbüchlein, nämlich eine Art Informationsbroschüre, auch für die Grazer Bürgerinnen und Bürger einzuführen, damit die sich auch wirklich umfassend über die Datenlage informieren können, bevor sie eine Entscheidung treffen und dieses Datenbüchlein könnte natürlich auch die jeweilige Position der Befürworter und der Gegner beinhalten, damit man wirklich alle Positionen kennt und auch wirklich vollkommen informiert ist.

Und deswegen stelle ich daher den Antrag, dass der Grazer Gemeinderat die zuständige Stelle der Stadt Graz, inklusive des Büros für Bürgerbeteiligung, beauftragt, ein Konzept auszuarbeiten, wie eine Informationsbroschüre nach dem Vorbild der Schweiz aussehen könnte und wie so eine Broschüre im Vorfeld von Volksbefragungen oder Volksabstimmungen erarbeitet werden könnte. Dieses Konzept soll dem Motivtext entsprechend aussehen sowie online und in gedruckter Version interessierten BürgerInnen zur Verfügung gestellt werden. Dem Gemeinderat ist bis Dezember ein entsprechender Bericht vorzulegen. Ich bitte um die Annahme, damit wir da eine starke Vorreiterrolle einnehmen können. (*Applaus*)

*Gemeinderat Swatek stellt gemäß § 18 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz folgenden **dringlichen Antrag**: Der Grazer Gemeinderat beauftragt die zuständige Stelle der Stadt Graz, gemeinsam mit dem Büro für Bürgerbeteiligung ein Konzept auszuarbeiten, wie eine Informationsbroschüre nach dem Vorbild der Schweiz aussehen könnte und wie so eine Broschüre im Vorfeld von Volksbefragungen oder Volksabstimmungen erarbeitet werden könnte. Dieses Konzept soll dem Motivtext entsprechend aussehen sowie online und in gedruckter Version interessierten BürgerInnen zur Verfügung gestellt werden. Dem Gemeinderat ist bis Dezember ein entsprechender Bericht vorzulegen.*

**Bürgermeister Mag. Nagl:**

Herr Gemeinderat Ehmman, bitte.

**Gemeinderat Klubobmann Ehmann:**

Herr Bürgermeister! Herr Vizebürgermeister! Geschätzter Herr Stadtrat! Kolleginnen und Kollegen! Auch auf der Galerie, Zuseherinnen und Zuseher! Grundsätzlich eine gute Idee. Aber nicht neu. Denn dir dürfte da entgangen sein, dass es bereits eine derartige Befragung in Graz schon gegeben hat. Nämlich auch mit ausführlichen Positionswechseln. Und das war damals, wenn ich erinnern darf, die Befragung über den Ankauf der Reininghausgründe und die Befragung zur Einführung der Umweltzone in Graz. Und da sind sehr gut die Positionen, die dargestellten Positionen von Pro und Contra, damals zum Ausdruck gebracht worden. Und Bürgerinnen und Bürger haben sich entsprechend entschieden. Da wir aber selbstverständlich nicht dagegen sind, ein derartiges Instrument weiterzuentwickeln und auch auszubauen und in Graz vielleicht sogar öfters zur Anwendung zu bringen, sowie unser Vorschlag schon war, dass wir einmal im Jahr eine derartige Befragung ansetzen könnten, wo Bürgerinnen und Bürger, aber auch Gemeinderatskolleginnen/-kollegen die Möglichkeit haben, hier Themen einzubringen, möglicherweise über einen Modus hier abzustimmen, welche Themen dann letztendlich pro Jahr befragt werden, wäre auch eine Möglichkeit eines Zugangs, das zusätzlich noch zu ergänzen usw.

Aber, wie gesagt, Dringlichkeit würde ich jetzt ad hoc in diesem Fall auch nicht so sehen, aber weil wir dem Inhalt eigentlich auch zustimmen wollen, sagen wir ja zur Dringlichkeit und ja zum Inhalt. Danke. (*Applaus*)

**Bürgermeister Mag. Nagl:**

Danke. Herr Klubobmann Sippel.

**Gemeinderat Klubobmann Mag. Sippel:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Hoher Gemeinderat! Ich meine, wir alle würden uns auch einmal über Anträge der Neos freuen, die nicht immer nur Ausgaben beinhalten. Wo auch einmal ein Geld hereinkommen könnte. Denn, ich kann mich erinnern, in der Wahlbroschüre der Neos ist von einem Geldbeschaffungspaket von 20 Millionen Euro zu lesen gewesen, bisher hat man davon ja nichts gehört hier herinnen. Das sind eher immer Geldverschwendungs-Pakete, die du da auf den Tisch legst. Aber ja, nichtsdestotrotz ist es einmal vielleicht eine Idee, die man andenken kann. Ich darf in diesem Zusammenhang einen leitenden Beamten der Stadt erwähnen, der hat auch mit Geld und mit Abgaben zu tun und der zitiert immer ganz gern den Karl Kraus und ich möchte es ihm nachtun: „Gäbe es keine Politik, so hätte der Bürger bloß ein Innenleben.“ Also nichts, was ihn ausfüllen könnte. Vielleicht kann man einmal darüber nachdenken in diesem Zusammenhang.

Mit dem Thema direkte Demokratie, lieber Niko, rennst du natürlich bei uns offene Türen ein. Das ist ganz klar. Ich würde fast sagen, was diese Initiative betrifft, ist es fast ein bisschen zu früh, also ich würde jetzt nicht Schnellschuss sagen, aber ja, ich würde mir wünschen, dass man, bevor man die Bürger über ein Volksrechtegesetz informiert, das in Wirklichkeit anachronistisch bereits ist, dass wir einmal uns alle gemeinsam daranmachen, dieses Volksrechtegesetz auch zu reformieren.

Und ich nehme das sehr, sehr gerne auf und dir, Michi Ehmann, wenn du sagst, ja, das soll man ausbauen, auch diese Mittel, dann bitte das auch noch ins Landhaus hinüber zu tragen und deinen Kollegen im Land ausrichten, weil dort ist eher ein bisschen der Hemmschuh auch angezogen der SPÖ, wenn es darum geht, das Volksrechtegesetz zu reformieren. Du hast ja auch schon jetzt ein paar Befragungen gefordert und ich glaube, da sollten einmal im Land auch jetzt die Dinge weiter durchgeführt werden.

Weil Ideen gibt es genug. Konzepte gibt es genug. Es hat ja auch unser Bürgerbeteiligungsbeirat da schon Konzepte geliefert. Wir haben zig Petitionen vom Gemeinderat hinüberschickt. Und ich glaube, es wäre schön, wenn man zu dieser Reformierung des Volksrechtegesetzes kommen würde, insofern wäre 2018 auch ein Jahr, das man ausrufen könnte, ein Jahr der direkten Demokratie. Und da könnte man dann natürlich auch unsere Bürger in Graz informieren über ein hoffentlich neues und zeitgemäßes Volksrechtegesetz. Insofern ja auch zu diesem dringlichen Antrag. *(Applaus)*

**Bürgermeister Mag. Nagl:**

Ich darf mich auch namens der Volkspartei hier zu Wort melden. Herr Gemeinderat! Das ist ein Thema, dem habe ich mich sehr, sehr ausgiebig gewidmet schon vor einigen Jahren. Und habe damals sehr viel Staub aufgewirbelt. Ich kann mich gut erinnern an eine tolle Veranstaltung, ich glaube, es waren über 1.000 Menschen damals in der Listhalle, wo ich einen Schweizer Bundespräsidenten, einen ehemaligen sogar, eingeladen habe, damit er uns einmal aufklärt und uns auch bisschen etwas darüber erzählt, wie denn die Schweizer nicht erst seit gestern, schon sondern seit langer Zeit mit dem Thema von Bürgerbeteiligung/Bürgerbefragung umgehen. Es war sehr, sehr spannend auch zu erfahren, dass gerade die Schweizer auch bei einem Thema manchmal bis zu viermal abstimmen, manchmal auch nur dreimal. Grundsätzliche Entscheidung, wollen wir überhaupt darüber diskutieren? Zweitens, welche Route wird zum Beispiel von einem Verkehrsmittel gewählt? Wie wollen wir es finanzieren und, und, und. Also, es sind immer wieder Befragungen. Da könnten wir viel lernen. Und ich habe damals festgestellt, dass unser Volksrechtegesetz aus der Vergangenheit, aus meiner Sicht, nach wie vor ungeeignet ist. Noch dazu im 21. Jahrhundert.

Ich habe auch gesagt, wir könnten elektronisch abstimmen. Ich weiß, welchen Wirbel das gegeben hat. Auch wie wir es als ÖVP dann solo gemacht haben, weil wir hier keine Zustimmung bekommen haben. Spannend war dann die Geschichte, wo wir vom Gemeinderat aus die Frage gemacht haben mit der SPÖ gemeinsam.

Michi Ehmann hat es gesagt. Und da war es dann schon auch spannend, dass nach dieser Befragung durch eine einzelne Person die Stimmen von 70.000 de facto weg-gewischt wurden und es uns bis zum heutigen Tag untersagt ist, selbst im Gemeinderat untersagt ist, die Bürgerinnen und Bürger, mit Ausnahme des Volksrechtegesetzes, anzuschreiben und zu befragen. Also eigentlich haben wir entweder das Volksrechtegesetz mit dem schwierigen Ausweis am Wochenende oder du hast, wenn ich so sagen darf, die einzige Möglichkeit, Umfragen in Auftrag zu geben, damit du ungefähr auch erfahren kannst, was die Bevölkerung denn so denkt.

Und wir haben damals intensivst debattiert und es war auch für mich gar nicht leicht, weil wenn du dann so eine Befragung machst und du bist zum Beispiel für etwas und du musst die Contra-Argumente/die Gegenargumente auflisten, dann hast nicht viel Spaß dabei. Also, wir haben das durchaus ausprobiert. Wir haben sogar bei einigen Punkten mehr Gegenargumente dann auch ausgeschickt. Aber wir sollen uns auch nicht der Illusion hingeben, dass wenn man bei einer Befragung zu einem Thema oder zu mehreren Themen eine Broschüre ausgeschickt, das haben wir mit der BIG sowieso gemacht, aber auch sonst mit vielen Informationen, dass das reichen würde. Es gibt dann eine mediale politische Debatte und da gibt es dann auch Verzerrungen, etc.

Wir gehen auch mit. Wir sind gerne bei dem Thema wieder dabei und wir hoffen, dass das Land Steiermark, das an unserem Wunsch arbeitet, ein neues Instrument zu erfinden, da auch bald uns ein grünes Licht gibt, damit wir wirklich anfangen können. Nur nach dem Volksrechtegesetz, glaube ich, wäre es schwer. Aber es soll auch niemand glauben, dass er wirklich mit einer Broschüre alle Pros und Kontras auflisten kann und dass er dann damit alle Bürgerinnen und Bürger erreicht. Also wir haben es nicht nur mit der BIG gemacht. Aber wir gehen bei der Dringlichkeit und beim Inhalt gerne mit. Frau Gemeinderätin Ussner, bitte.

**Gemeinderätin Ussner:**

Ja, dankeschön für den Antrag. Wir sind auch der Meinung, dass man mündigen Bürgern und Bürgerinnen das schon sehr wohl zutrauen kann, dass sie große Entscheidungen treffen, bei großen Projekten mitbestimmen. Vorausgesetzt natürlich, sie haben die einheitlichen und auch objektiven Informationen. Du hast es schon angesprochen mit Brexit. In den USA ist es ja ähnlich passiert. Und Fake-News in Kombination mit Populismus sind halt wirklich eine explosive Mischung. Und das kann halt wirklich dann in der Gesellschaft einerseits zu Parallelwelten, zur Polarisierung und dann eben auch zu innergesellschaftlichen Konflikten führen. Und somit würde ich sowas schon sehr begrüßen. Und deswegen werden wir auch zustimmen. Und ich sehe die Dringlichkeit schon gegeben im Gegensatz zum Herrn Ehmann, der gesagt hat, er sieht jetzt die Dringlichkeit nicht so sehr, weil jetzt halt auch in Graz, ich meine, vielleicht kriegen wir es bis dahin hin, sehr viele große Projekte wieder umgesetzt werden sollen, wo ich es auch interessant finden würde, die Menschen zu befragen dazu. Genau. Danke. (*Applaus*)

**Bürgermeister Mag. Nagl:**

Danke vielmals! Antragsteller, Schlusswort? Dann frage ich gleich, obwohl sich schon alle geoutet haben, gibt es zur Dringlichkeit eine Gegenstimme? Das nicht der Fall. Wünscht jemand zum Antrag noch einmal das Wort? Bitte, Frau Gemeinderätin.

**Gemeinderätin Heinrichs:**

Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Lieber Herr Kollege Antragsteller! Seitens der KPÖ gibt es ein Ja zur Bürgerbeteiligung. Ein Ja zu direktdemokratischen Vorgehensweisen nach dem Steirischen Volksrechtgesetz und auch das Schweizer Modell, wie angesprochen im Antrag, könnte durchaus eine Anregung sein. Ja zur Dringlichkeit, weil der Antrag ein wichtiger Anstoß ist. Inhaltlich leider nein.

Wir stolpern über ein paar Passagen und ich darf Folgendes ausführen: Im Antragstext heißt es: Das Konzept, gemeint ist bezüglich der Infobroschüre, soll dem Motiventext entsprechen. Also, diese Infobroschüre, die muss ausformuliert werden und ich nenne das jetzt einmal Ausformulierung seitens eines Gremiums. Jetzt steht dann im Motiventext auf der Seite, auf der ersten Seite im letzten Absatz: Dem Gemeinderat könnte etwa das Auswahlrecht zustehen, und das halten wir für nicht ganz unproblematisch. Denn jenes Gremium, das ja die Broschüre erstellen muss, wäre dann demzufolge pseudounabhängig wegen der jeweils bestehenden Macht-Mehrheitsverhältnisse. Noch einmal: die Intention finden wir sicherlich sehr positiv und wichtig. Daher der Dringlichkeit die Zustimmung. Und das andere darf ich, nicht unhöflich, aber ein bisschen ein Stückwerk nennen. Daher inhaltlich keine Zustimmung. Danke aber für die Initiative. Danke. (*Applaus*)

**Bürgermeister Mag. Nagl:**

Gibt es weitere Wortmeldungen? Wenn nicht Antragsteller zum Schlusswort.

**Gemeinderat Swatek, BSc.:**

Ja, ich möchte zuerst kurz auf die Kritik der KPÖ eingehen. Es steht ja definitiv „könnte“ und das ist schlicht und einfach auch so frei formuliert, weil es ja dann den jeweiligen Personen, die dieses Konzept ausarbeiten, zugrunde liegt. Das könnte man auf verschiedener Weise regeln, aber ich glaube, es braucht am Schluss halt einfach auch hier im Raum ein ganz klares Commitment, welche Leute gibt man in diese Broschüre, die die Zustimmung, dass sie ihre Ideen wiedergeben dürfen und welche nicht. Und wenn zum Beispiel die KPÖ jetzt jemanden vorschlägt, der im Gemeinderat nicht angenommen wird, dann kann es natürlich auch medial aufbereitet werden, einerseits oder sowieso von den Medien. Man kann aber auch zum Beispiel im Konzept definieren, dass wenn dieser Antrag von euch nicht durchgeht, dass das in der Broschüre auch vermerkt sein muss. Dass zum Beispiel steht, KPÖ hat Herrn XX nominiert, dieser hat aber nicht mehr Gemeinderates Recht gefunden.

Also, ich glaube, es gibt auf jedes Problem immer eine Lösung, wenn man das nur möchte. Und deswegen finde ich es sehr schade, dass ihr da nicht zustimmt. Man hätte die Kritik ja dann beim fertig ausgearbeiteten Konzept im Dezember vorlegen können. Ich freue mich aber generell, dass es so breite Zustimmung zu dieser Idee gibt. Und ich hoffe, dass der Antrag durchgeht und dass dieses Konzept dann auch in ganz Österreich in Zukunft Anklang findet. (*Applaus*)

**Bürgermeister Mag. Nagl:**

Ja, danke vielmals. Wir haben auch über den Gemeinderat und über alle Fraktionen die Fragestellungen entschieden. Wer soll es sonst tun außer das höchste Gremium der Stadt? Also, wir haben es damals so gemacht. Jetzt kommt die Frage, wer dafür ist für diesen Antrag? Bitte um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe. Gegen die Stimmen der KPÖ so beschlossen.

**Der dringliche Antrag von GR Swatek, Bsc., wurde mehrheitlich, gegen die Stimmen der KPÖ angenommen.**